

lobt, dass Sie die Zweckzuweisungen in die Fachetats überführt hätten, und gesagt, damit sei verbunden, dass da, wo die Zweckzuweisungen übertragen worden sind, nicht ein Euro weniger für die Fachetats zur Verfügung stehen würde. Das hat in Wahrheit noch nicht einmal diese Haushaltsberatung überdauert. Bei der Städtebauförderung haben Sie über Veränderungslisten im Verfahren bereits 15 Millionen € von 121 Millionen € heruntergekürzt. Mitten im Verfahren, mündlich angekündigt, gekürzt! Das ist die Wahrheit. So gehen Sie mit den Kommunen um. Was Sie machen, ist Nebelwerfen, weil Ihnen das unangenehm ist, sich mit Ihrer Vergangenheit konfrontieren lassen zu müssen, nämlich mit Ihrer vollmundigen Ankündigung, dass Sie kommunalfreundlich handeln würden, wovon unter dem Strich in der Wirklichkeit nichts übrig bleibt.

Angela Freimuth (FDP): Diese Diskussion um die Kreditierung ist nicht neu. Wir haben damals, als die Kreditierung ausgewiesen wurde, auch schon Diskussionen darüber gehabt, ob das den Kommunen wirklich hilft. Bei der Liquidität vielleicht, kurzfristig gesehen ja. Aber die Kommunen waren damit einverstanden, dass Sie die Kredite jetzt zurückzahlen müssen.

Wir haben gemeinsam die Aufgabe, dauerhaft eine verlässliche kommunale Finanzbasis zu gewährleisten und sicherzustellen und die Kommunen weder mit Kreditierungen noch mit nicht mehr nachvollziehbaren Abrechnungen im GFG zu belasten. Die Systematik, die wir in der Vergangenheit beobachten mussten, war für die Kommunen nicht erträglich.

Zu den Finanzbelastungen – das ist jetzt nicht unmittelbar Angelegenheit des Landes –, die wir durch Entscheidungen des Bundestages für die Kommunen haben, habe ich an die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen noch einen Hinweis: Die FDP hat im Deutschen Bundestag die Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz beantragt. Ich wäre sehr froh, wenn auch Sie in Ihren Parteien und in Ihren Fraktionen im Bundestag wirklich darauf hinwirken würden, dass wir eine Gemeindefinanzreform hinbekommen, die den Kommunen tatsächlich eine verlässliche Planungsgröße gewährleistet, und dass wir auch das Thema Konnexität – also: derjenige, der bestellt, bezahlt auch – im Grundgesetz verankern. Damit würden wir, glaube ich, im Ergebnis den Kommunen eine wesentlich bessere Unterstützung leisten und sie wieder in die Lage versetzen, ihre kommunale Selbstverwaltung tatsächlich auch auszuüben.

Christian Weisbrich (CDU): Ich habe eine Frage an den Finanzminister, um dieses Tohuwabohu hier einmal zu ordnen. Herr Finanzminister, ich wüsste gerne, was die Vorschläge der Grünen zur Tilgungstreckung für den Landeshaushalt bedeuten. Ist die Auffassung richtig, dass die Neuverschuldung, die nach Ihrem Entwurf bei 5,89 Milliarden € liegt, dann, wenn der Vorschlag der Grünen umgesetzt würde und alles andere im Haushalt gleich bliebe, um 337 Millionen € auf 6,23 Millionen € steigen würde? Ist das falsch oder ist das richtig?

Bernhard Schemmer (CDU): Für mich als Gast in diesem Ausschuss ist es besonders interessant, mir die Dinge anzuhören, die etwas an der Realität vorbeigehen. Kollege Becker hat darauf hingewiesen, dass die Städtebauförderung um 15 Millionen € gekürzt

wird. Das geschieht doch ausschließlich deshalb, um den Grundstücksfonds, der für Kommunen zuständig ist – über dessen Sinnhaftigkeit man insgesamt durchaus noch einmal nachdenken müsste; aber das lasse ich jetzt außen vor –, aufzustocken. Diese 15 Millionen € bleiben also im gleichen Sektor bei den Kommunen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Der Grundstücksfonds war nie Bestandteil des GFG!)

Zweitens, Herr Becker, war hier die Rede von den kreditierten Schlüsselzuweisungen. Ich habe mich damals gefragt, warum das in der Form gemacht worden ist, obwohl die Steuerschätzungen schon lange zeigten, dass die Verbundmasse gar nicht mehr da war. Sie haben doch deshalb die hohen kreditierten Schlüsselzuweisungen aufrechterhalten, weil Sie ansonsten im Kommunalwahljahr und Landtagswahljahr den Kommunen die Mittel hätten deutlich kürzen müssen. Sie haben als rot-grüne Mehrheit schlicht und einfach gesagt: Dann kreditieren wir das, und dann geht das alles friedlich ab.

Fakt ist: Viele Kommunen haben dieses Geld verkonsumiert. Eine Reihe der Kommunen ist hingegangen und hat die kreditierten Schlüsselzuweisungen in eine Sonderrücklage gepackt; diese Kommunen haben heute keine Probleme damit. – Die Art, wie das Thema hier aufgearbeitet wird, liegt deutlich neben dem, was in Wirklichkeit stattgefunden hat.

LMR Werner Brommund (FM): Die kurze Antwort auf die Frage von Herrn Abgeordneten Weisbrich lautet: Ja. Ich möchte es aber ein bisschen plastischer machen.

Wenn wir die Abrechnungen der Kreditierung nicht wie jetzt in den Erläuterungen zu der Berechnung der Verbundgrundlagen hätten, sondern wir hätten einen separaten Einnahmetitel über diese Kreditierung, dann würden Sie sehr deutlich sehen, dass durch die Reduzierung an dieser Stelle natürlich ein Einnahmeloch und damit ein nicht ausgeglichener Gesamthaushalt produziert würde. Insofern ist es völlig richtig, dass an anderer Stelle dann entweder ein einnahmeerhöhender oder ein entsprechender ausgabeabsenkender Antrag notwendig wäre.

Wenn diese Anträge so durchgehen würden – ich unterstelle jetzt einfach einmal, dass sämtliche sonstigen grünen Anträge positiv votiert würden –, hätten wir unter dem Strich eine Deckungslücke von ungefähr 250 Millionen €. Wir müssten also zum Schluss dieser Sitzung sagen, der Haushalt sei nicht ausgeglichen.

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Dass dieser Haushalt verfassungswidrig ist, ist bekannt. Das hat der Finanzminister ja gesagt.

Ich habe deutlich gemacht, dass, wenn allen unseren Anträgen zugestimmt würde, wir lediglich eine Mehrbelastung von ungefähr 8 Millionen € in diesem Haushalt 2006 hätten. Das wäre die reale Situation. Wir haben Deckungsvorschläge gemacht, bei deren Annahme wir über 100 Millionen € unter der Nettoneuverschuldung liegen würden, die der Finanzminister vorgelegt hat. Das ist die Realität. Das heißt, wir würden einen deutlicheren Konsolidierungsbeitrag zum Haushalt 2006 leisten, als Sie es von den Fraktionen von CDU und FDP machen. Die Gesamtverschuldung des Haushaltes würde sich nicht durch diese Maßnahme erhöhen, weil sie durch die Rückzahlung im nächsten und

übernächsten Jahr wieder auf null reduziert würde. Das heißt, eine höhere Gesamtverschuldung des Landeshaushalts Nordrhein-Westfalen käme dadurch nicht zustande. Im nächsten Jahr wäre es nur noch die Hälfte der Summe, die an Finanzmitteln anfiel.

Deshalb ist es Quatsch, Herr Weisbrich, was Sie hier erzählen. Es sind Ammenmärchen und hat mit der Realität überhaupt nichts zu tun.

(Bernhard Schemmer [CDU]: Warum habt ihr damals nicht korrigiert?)

– Das brauche ich Ihnen nicht noch einmal zu erzählen. Das hat, glaube ich, besser als ich das an dieser Stelle jetzt tun kann, der Kollege Becker vorgetragen. Im Ausschuss für Kommunalpolitik ist das auch schon entsprechend diskutiert worden. Hier geht es vielmehr allein um das Thema Zinsen, wie Sie es aufs Tapet gebracht haben.

Herr Weisbrich, mir ist neu, dass Sie sich jetzt für die CDU-Fraktion – das ist aber sehr interessant – als Kohlelobby ausweisen. Ich frage mich, ob das Ihrer Berliner Politik geschuldet ist, nämlich mit dem Deal, Sie bekommen längere Atomkraftwerkslaufzeiten zugestanden, die SPD-Fraktion dafür Kohlesubventionen für Nordrhein-Westfalen, und ob Sie dazu schon ins Boot geholt worden sind. Ihre Fraktion und gerade Sie als Person haben sich immer kritisch gegen die Kohlesubventionen ausgesprochen. Wenn Sie jetzt auf einmal sagen, jawohl, das Geld muss fließen, wundere ich mich wirklich. Ich bin auch erstaunt, dass die FDP dazu kein Wort sagt. Die waren ja mit Ihrem Fraktionsvorsitzenden Papke an erster Stelle die größten Vorkämpfer gegen diese Subventionen.

Vorsitzende Anke Brunn: Ich habe jetzt eine weitere Wortmeldung des Kollegen Klein. Es ist aber die Frage, ob sich nicht die Argumente wiederholen. Ich möchte gerne zur Abstimmung über den Antrag kommen.

Volkmar Klein (CDU): Offensichtlich haben die Kollegen von der grünen Fraktion nicht bei dem aufgepasst, was eben von der Landesregierung gesagt worden ist. Es ist doch eindeutig ausgeführt worden: Wenn an dieser Stelle deutlich mehr, nämlich 337 Millionen €, ausgegeben werden als jetzt die Dotierung des GFG ausmacht, dann braucht man dafür eine Deckung. Diese Frage nach der Deckung haben Sie nicht beantwortet. Sie sind durch Hinweise auf Kohle und sonst was völlig darüber hinweggegangen. Das hilft uns aber nicht weiter.

Es hilft auch nichts, darauf hinzuweisen, dass sich das bis 2008 – ich muss das an dieser Stelle leider wiederholen – ausgleicht. Natürlich gleicht sich das bis zum Jahr 2008 aus, aber beim Haushaltsverfahren gilt das Prinzip der Jährlichkeit. Wir reden über den Haushalt 2006. Im Haushalt 2006 fehlte bei Annahme Ihrer Anträge genau diese Deckung für die 337 Millionen €, die Sie als Mehrausgaben vorgeschlagen haben. Das müssen Sie doch zur Kenntnis nehmen. Wenn Sie mir das nicht glauben, müssten Sie das zumindest dem Beitrag des Vertreters des Finanzministeriums entnommen haben.

Jetzt können wir auch gern darüber abstimmen. Ich denke aber, diese Klarstellung musste noch sein.

Horst Becker (GRÜNE): Ich muss den letzten Beitrag zum Anlass nehmen, darauf hinzuweisen, dass es ein relativ primitiver intellektueller Trick ist, in der Weise vorzugehen,

wie der Herr Klein, Herr Weisbrich und letztlich auch Teile der Landesregierung es gerade versucht haben.

Sie machen Folgendes: Sie sagen, wenn Sie allen unseren Anträgen zustimmten beziehungsweise wenn wir alle Ihre Anträge außer diesem einen ablehnten, hätten Sie eine Mehrbelastung. Das stimmt. Wir sagen aber: Wir haben in sich geschlossen vernünftige Anträge gestellt und kommen zu einer Minderbelastung. Das ist der Punkt, Herr Weisbrich. Sie können doch nicht hingehen und sagen, wenn wir alle Ihre Anträge ablehnten, aber diesen einen annähmen, dann hätten wir eine Mehrbelastung. Das muss ich streng zurückweisen. Das ist aber das, was Sie hier die ganze Zeit versuchen. Sie werfen Nebel. Unter dem Strich ist es so, wie ich es eben gesagt habe: Wir bleiben selbst mit diesen 14 Millionen €, die wir mehr ausgeben für einen Kredit zur Streckung dieser Rückzahlung, unter Ihrer Neuverschuldung.

Christian Weisbrich (CDU): Nur ganz kurz: Herr Kollege Becker, wenn wir über unsere Anträge mal gar nicht reden und nur vom Entwurf des Landeshaushaltes ausgehen und wenn wir Ihrem Paket der Änderungsanträge, das Sie heute eingebracht haben, komplett zustimmen würden, dann fehlten uns mehr als 200 Millionen €. Das ist Ihr gedanklicher Irrtum. Sie machen an dieser Stelle aus nichts viel Geld.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM): Ich lege für die Landesregierung Wert darauf, dass Herr Brommund vorhin erklärt hat: Nur in dem Fall, wenn wir alle Anträge der Grünen annähmen, entstünde dieses Loch. – Sie, Herr Becker, haben gerade gesagt: wenn wir alle Anträge ablehnten und nur diesen einen annähmen. – Der Vertreter der Regierung hat das korrekt vorgetragen.

Vorsitzende Anke Brunn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit komme ich zur Abstimmung.

(Abstimmungsergebnisse s. Beschlussteil dieses Protokolls.)

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 14/1000 und 14/1500 (1. Ergänzung)

Drucksache 14/1101 (Finanzbericht 2005 bis 2009)

Vorlage 14/285 (Gegenüberstellung der Haushaltsgesetze 2006 und 2004/2005)

Vorlagen 14/321 bis 14/335 (Ergebnisse der Berichterstattergespräche)

Vorlagen 14/400, 14/401, 14/404 bis 14/413, 14/415, 14/417, 14/419 bis 14/422, 14/424, 14/426 und 14/427 (Berichte der Fachausschüsse)

Aufgerufen sind ferner alle zum Haushalt eingegangenen Zuschriften

Vorsitzende Anke Brunn weist darauf hin, das Finanzministerium habe zugesagt, die Steigerung der Ansätze bei den Mieten und Pachten für den BLB gegenüber dem Vorjahr schriftlich zu begründen. Dazu bitte sie mitzuteilen, wann mit dieser Vorlage gerechnet werden könne.

Des Weiteren habe der Finanzminister bei der Klausurtagung davon gesprochen, es könne eine zweite Ergänzungsvorlage geben. Dazu bitte sie um Auskunft, ob und wann diese vorgelegt werde.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) teilt mit, die Vorlage zu den Mieten und Pachten befinde sich in der Endredaktion und dürfte vermutlich am Freitag dieser oder Montag nächster Woche an den Ausschuss geschickt werden.

Die Unterbreitung einer zweiten Ergänzungsvorlage hänge vom Ergebnis der Mai-Steuerschätzung ab und wie dieses vor dem Hintergrund der nordrhein-westfälischen Entwicklung beurteilt werde. Sollte es zu Steuermehreinnahmen kommen, würden sie entsprechend der Abschätzung der nordrhein-westfälischen Entwicklung zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung eingesetzt. Nur in einem solchen Falle werde es nach dem jetzigen Stand eine zweite Ergänzungsvorlage geben.

Vorsitzende Anke Brunn verweist auf das als Tischvorlage verteilte Abstimmungspaket und schlägt vor, vor der Einzelberatung zunächst eine Generalausprache durchzuführen.

Gisela Walsken (SPD) erklärt sich mit diesem Vorgehen einverstanden, stellt aber fest: Aufgrund der Tatsache, dass ihre Fraktionskolleginnen und -kollegen das von den Koalitionsfraktionen vorgelegte Antragspaket nicht hätten durchgehen können, werde sich die SPD-Fraktion an einer Aussprache darüber nicht beteiligen können. Diese Anträge würden abgelehnt. Insoweit könne auf eine Einzelberatung verzichtet und nach der Generalausprache einzelplanweise beraten werden.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) schließt sich der Kollegin Walsken bezüglich des Verfahrensvorschlages an und führt aus, natürlich habe er die heute Morgen vorgelegten Anträge überflogen und mit seinem Fraktionskollegen kurz über diese geredet. Darunter befänden sich einige Anträge, die nicht unbedingt auf die Ablehnung der Grünen gestoßen wären. Aber ohne Rückkopplung mit den Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion könne man solchen Anträgen nicht zustimmen, sondern müsse sie ablehnen. Diese erzwungene Vorgehensweise empfinde er im Sinne des Parlamentarismus nicht als gut. Er könne nochmals nur bedauern, dass es nicht gelungen sei, zu einem vernünftigen Beratungsverfahren zu kommen.

Volkmar Klein (CDU) merkt zum Verfahren an, es erscheine sinnvoll, eine ausführlichere Generaldebatte und eine kürzere Einzelberatung durchzuführen. Aber noch werde ein Antrag der SPD-Fraktion auf Deckung ihrer Vorschläge erwartet. Nach Zeitungsberichten solle die Deckung über die Erhöhung des Ansatzes der Steuereinnahmen geschehen. Vielleicht werde dieser Antrag ja gleich mündlich gestellt.

Gisela Walsken (SPD) merkt dazu an, der entsprechende Deckungsantrag zu Kap. 20 010 sei am Dienstag um 11:47 Uhr an das Ausschussesekretariat gegangen, aber offensichtlich aus technischen Gründen nicht angekommen. Insofern bitte sie darum, das nicht bei ihrer Fraktion liegende Versehen entsprechend zu korrigieren und eine Kopie Antrags, der zurzeit vervielfältigt werde, in die Liste der Anträge aufzunehmen.

Generalaussprache

Gisela Walsken (SPD): Es ist mir eine Freude, heute noch einmal Gelegenheit zu nehmen, einen Alternativantrag zum Haushalt vorzustellen, der zwei wichtigen Aspekten folgt: Zum Ersten sind in diesem Haushaltsplanentwurf die Kleinen die Gewinner. Zum Zweiten ist es möglich, die soziale Verantwortung in Nordrhein-Westfalen wahrzunehmen, und zwar so, dass soziale Netze nicht zerreißen und dass bestimmte Gruppen in unserer Gesellschaft durch Ihre Politik der Erneuerung nicht zu den strikten Verlierern werden.

Es ist uns auch möglich, Ihnen zu zeigen, dass diese Alternative deckungsfähig ist, dass der Haushalt, den Sie vorgelegt haben, kein Sparhaushalt ist, sondern ein Umverteilungshaushalt zulasten der Schwachen und Kleinen in diesem Lande.

Ich will die wesentlichen Schwerpunkte unserer Korrekturen hier vortragen und Ihnen damit eine Anregung und vielleicht auch eine Idee geben, wie man es anders machen könnte, wenn man denn wollte.

Die Kinder- und Jugendpolitik ist unser erster wichtiger Schwerpunkt. Wir haben selbstverständlich die Volksinitiativen im Lande ernst genommen, die mit deutlich mehr als der notwendigen Zahl von Unterschriften ihre Meinung hier artikuliert haben. Ich halte es für ein Trauerspiel, dass Sie nicht in der Lage sind, darauf zu reagieren, zumal Sie der alten Landesregierung vorgehalten haben, dass wir an dieser Stelle nicht entsprechend agieren.

Deshalb ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, dass wir den Landesjugendplan wieder auf den gesetzlichen Stand aufstocken, das heißt, die 96 Millionen € entsprechend bereitstellen wollen. Dazu bedarf es einer Ansatzveränderung nach oben um 20,9 Millionen €. Ich halte das im Hinblick auf langfristige Planungssicherheit und Bestandschutz für die Kinder- und Jugendarbeit in unserem Land für absolut notwendig und im Sinne des Jugendfördergesetzes, das die gesetzliche Grundlage für diese Arbeit ist, für unabdingbar.

Unserem Schwerpunkt der Kinder- und Jugendpolitik folgend ist es selbstverständlich, dass wir die Kürzungen im Bereich des Kindergartengesetzes wieder ausgleichen. Das tun wir in drei Schritten mit einem Gesamtbetrag von rund 176 Millionen €, indem wir in Kontinuität unserer alten Politik die Rücknahme des einen Sparbeitrages bei der Sachmittelpauschale in Höhe von 72,1 Millionen € vorsehen und selbstverständlich das Elternbeitragsdefizit ausgleichsverfahren weiterführen und an dieser Stelle nicht eingenommene Elternbeiträge nicht bei den Kommunen belassen beziehungsweise sie den Eltern aufdrücken, also den Ansatz für die Betriebskosten mit einem Betrag von 42 Mil-

tionen € noch einmal erhöhen. Wir halten es auch für unabdingbar, frei werdende Kindergartenplätze in Plätze für unter Dreijährige umzuwandeln. Dieser Schwerpunkt wird in den Änderungsanträgen unserer Fraktion ganz deutlich.

Darüber hinaus ist für die sich an der Spitze dieser Diskussion befindende SPD-Fraktion klar, dass wir das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr mit der entsprechenden Pflicht, dieses Kindergartenjahr zu besuchen, entsprechend finanzieren. Es gehört zur Seriosität, dass bei der Kindergartenpflicht im letzten Kindergartenjahr auch der Elternbeitrag entsprechend aufgehoben wird. An der Stelle sehen wir für das halbe Jahr 60 Millionen € zusätzlich vor, um ganz besonders den Kindern aus Migrantenfamilien, aber auch allen anderen, Teilhabechancen zu eröffnen und damit auch alle den Kindergartenbildungsanspruch mindestens im dritten Jahr wahrnehmen können.

Der Kindergarten und die Schule, die Kinder und die Jugendlichen sind unsere Schwerpunktthemen. Deshalb sehen wir 3,5 Millionen € mehr für die offene Ganztagschule in der Sekundarstufe I vor. Es folgt dem Ansatz der alten Landesregierung, dass wir den Ausbau der Ganztagsbetreuung in der Grundschule nahtlos in den Klassen 5, 6 und 7 der weiterführenden Schulen in der Sekundarstufe I fortsetzen. Das hat einmal die Kontinuität der Betreuung zum Hintergrund, folgt unserem Ansatz, Familie und Beruf miteinander zu verbinden, und garantiert das verlässliche Angebot für all die Kinder, die bis zur Klasse 4 eine Ganztagsgrundschule, also eine Ganztagsbetreuung zurzeit wahrnehmen, und setzt es für die Klassen 5 und 6 fort. Dass das dem Konzept Kooperation von Schule und Jugendhilfe folgen soll, ist klar. Es ist interessant, dass die neue Landesregierung dieses Konzept offensichtlich nahtlos übernehmen will. So schlecht kann es also nicht sein.

Das sind die wichtigsten Schwerpunktbereiche zum Thema Kinder und Jugend.

Darüber hinaus halten wir es für sinnvoll, überall dort, wo es notwendig ist, wegbrechende soziale Netze wieder aufzubauen. Das gilt an mehreren Stellen. Das sehen Sie in unseren Anträgen zur Familienpolitik im Bereich der Familienhilfe, der Familienbildung und der Familienberatung. Das gilt aber auch für das Thema Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr. Das gilt ganz ausdrücklich auch für die Fördergesellschaft für Kinderernährung in Dortmund. Es ist ein wichtiger Schwerpunkt, denn wie wir wissen, war das Thema Kinderernährung in den letzten Wochen und Monaten auch in der Fachdebatte.

Dass die Weiterbildung fortgesetzt werden soll, ist selbstverständlich. Dazu haben wir in der letzten Legislaturperiode viele Diskussionen geführt. Von daher halten wir die Absenkung bei der Weiterbildung für nicht seriös.

Das Gleiche gilt für das umfangreiche Paket von über 17 Millionen € in verschiedenen Bereichen der Sozialpolitik. Ich halte es für ein Unding, den Regionalstellen „Frau und Beruf“ jetzt noch einmal Geld zu nehmen und sie so in ihrer Arbeit zu gefährden. Zwei Vertreterinnen dieser Regionalstellen haben vorhin den Raum verlassen, weil sie maßlos enttäuscht darüber waren, dass die Debatte mit Ihnen nicht führbar ist. Wir halten es nach wie vor für unmöglich, diesen Kürzungsbeitrag vorzunehmen, zumal diese Regionalstellen komplementär finanziert sind. Und Sie legen ja noch eins drauf, indem sie die Regionalstellen zugunsten der Landwirtschaftskammer bluten lassen.

Beratungseinrichtungen, Gewalt gegen Frauen, Frauenbüros und die entsprechenden Frauenhäuser befinden sich natürlich im Fokus unserer Diskussion. Deshalb werden wir da die entsprechenden Kürzungen wieder zurücknehmen. Das Gleiche gilt für das Thema Bekämpfung von Suchtgefahren, für die Studentenwerke, aber auch für die Drogen- und Straffälligenhilfe.

Ein wichtiges Thema ist das Ehrenamt. Gestern Abend hat sich Ministerpräsident Rüttgers in einer Veranstaltung in Duisburg vollmundig dazu geäußert. Es ist manchmal schon zynisch, dass man auf der einen Seite beim Ehrenamt im Bereich der Übungsleiter Geld wegnimmt und sich auf der anderen Seite in eine solche Veranstaltung stellt und das Ehrenamt preist. Für uns ist es überhaupt keine Frage, dass die 2,3 Millionen €, die dort gekürzt worden sind, in den Haushalt wieder hineinkommen. Ich meine, das ist eigentlich das Mindeste, was man auch aus den Reihen des Parlamentes an dieser Stelle leisten sollte.

Dass die Krankenhäuser, was ihre Strukturveränderungen und ihren Investitionsbedarf betrifft, eine Planungssicherheit haben müssen, ist ein ebenfalls für uns selbstverständliches Thema. Deshalb werden wir den von Ihnen reduzierten Ansatz um 28,6 Millionen € wieder herauffahren wollen. Das gilt auch für die Verpflichtungsermächtigungen. Das hat damit zu tun, dass sich die Krankenhäuser systematisch und schrittweise bis 2007 aufstellen müssen, um mit den Fallpauschalen arbeiten zu können. Ich will die Fachdebatte hier nicht noch einmal aufrollen, aber ich glaube, dass es für die Krankenhäuser unabdingbar ist, dort Planungssicherheit zu haben.

Meine Damen und Herren, all das macht ein Veränderungsvolumen von 323,1 Millionen € aus. Es ist für uns klar, dass wir dieses Paket entsprechend decken. Unsere Deckung folgt dem Prinzip, seriös und umfassend zu sein. Deshalb sehen wir vor, zunächst einmal den Zuschuss an die Landwirtschaftskammern, den wir in der momentan Diskussion um Kürzungen im Bereich Kinder und Jugendliche für unnötig und für geradezu zynisch halten, zurückzufordern. Das heißt, wir wollen diese von Ihnen vorgesehene etwa 20%ige Erhöhung der Zuweisung von 19,6 Millionen € zurücknehmen. Interessant ist, dass das Gutachten durchaus von Effizienzpotenzialen bei den Landwirtschaftskammern spricht. Insofern müsste man eigentlich hingehen und den alten Ansatz wegen dieser möglichen Effizienzpotenziale noch einmal reduzieren. Das haben wir aber im Hinblick auf die Arbeit der Kammern nicht getan. Aber wir halten die Zuschusserhöhung politisch für ein völlig falsches Signal.

Die Diskussion zum Bau- und Liegenschaftsbetrieb haben wir hier schon geführt. Wir haben es schon im letzten Jahr für falsch gehalten, dort einen Sparstrumpf anzulegen. Aufgrund der Entwicklung des Betriebs, aufgrund der Leistungen, die der Betrieb in Zinsen an das Land, aber auch in entsprechenden Darlehensrückflüssen geleistet hat, halten wir bei vorsichtiger Kalkulation unter Zugrundlegung der Tatsache, dass der Wirtschaftsplan des BLB ja bereits auf dem Weg ist, einen Betrag von 150 Millionen € aus dem Betrieb in den Landeshaushalt angesichts der Situation für seriös und für gerechtfertigt. Wir wundern uns über beide Regierungsfractionen hier im Raum, dass Sie an dieser Stelle den Weg nicht mitgehen.

Interessant ist für uns die Position Sachverständigengutachten und Öffentlichkeitsarbeit. Dazu lohnt sich, noch einmal die Diskussion aus der Doppelhaushaltsplanberatung

2004/2005 anzuschauen. Es gab da interessante Anträge von CDU und FDP. Es geht insbesondere bei den Anträgen der CDU darum, dass man diese Position – heute sind es 114 Millionen €, damals waren es weniger – um 60 % kürzen wollte. Ich bin gespannt, ob Sie das wirklich getan haben. Wenn Sie sich ernst nehmen, müssten Sie es tun, denn die Anträge sind ja nicht alt, und Sie müssten sie eigentlich noch in Erinnerung haben. 60 % Ansatzkürzung hieße, bei diesem Ansatz um 70 Millionen € herunterzugehen. Wir haben es bescheidener ausfallen lassen, weil wir wissen, dass man einen Teil sicherlich schon im ersten Halbjahr ausgegeben hat. Deshalb beschränken wir uns auf 10 % Kürzung; das sind rund 11 Millionen €.

Ebenfalls spannend ist der Ansatz bei der Öffentlichkeitsarbeit. Auch da ist das Prinzip „Was stört mich mein Gerde von gestern?“ insbesondere in der CDU-Landtagsfraktion richtungsweisend. Die CDU hat damals im Änderungsantrag wörtlich formuliert: Für solche Ausgaben hat das Land derzeit kein Geld übrig. – Da die Situation aus Ihrem Munde formuliert durchaus noch schwieriger ist, frage ich mich, warum Sie dann 16,48 Millionen € für die Öffentlichkeitsarbeit ansetzen. Wenn Sie das streichen wollen, hätten Sie da einen großen Beitrag. Wir haben das moderat gemacht, weil wir auch in der alten Landesregierung der Meinung waren, dass Öffentlichkeitsarbeit durchaus notwendig ist. Deshalb kürzen wir hier um 4 Millionen €. Das halten wir für seriös und für ein vernünftiges Angebot.

Dass offensichtlich von Ihnen der Länderfinanzausgleich zu hoch angesetzt worden ist, ist schon in der ersten Ergänzung klar geworden. Deshalb sind wir der Meinung, dass wir diesen Ansatz noch einmal um 50 Millionen € mindern können. Das tun wir in unserem Deckungspaket.

Last but not least sehen wir aufgrund der konjunkturellen Entwicklung deutliche Verbesserungen, was die Steuern betrifft. Es sind nicht nur namhafte Institute oder führende Wirtschaftsinstitute wie das Kieler Institut für Weltwirtschaft oder auch das Berliner DIW, die für die Steuerschätzung im Mai eine deutliche Zunahme prognostizieren. Beide Institute kalkulieren deckungsgleich etwa 5 bis 6 Milliarden €. Wenn wir einmal unterstellen, dass 10 % davon – auch abzüglich des Länderfinanzausgleichs und anderer Effekte – hier in NRW ankommen könnten, bewegen wir uns in einer Größenordnung von 500 Millionen €. Wenn Sie heute in den Ifo-Geschäftsklimaindex für Deutschland hineinschauen, dann finden Sie den Trend bestätigt. Es ist ganz interessant, dass sich die Institute in ihrer Grundsatzaussage über eine robuste Konjunktorentwicklung einig sind. Von daher erlauben wir uns seriös, nicht den vollen Ansatz zu nehmen, sondern einen wohl kalkulierten Ansatz von 350 Millionen € mehr Steuereinnahmen in 2006.

Wir werden mit Spannung erwarten, was in der zweiten Ergänzungsvorlage steht. Wir werden auch mit Spannung erwarten, was Sie, Herr Finanzminister, dann aus der Mai-Steuerschätzung in diesem Haushalt etatisieren werden.

Zum Schluss ist dann klar, dass die Summe unserer Deckungsvorschläge einen Betrag von 585 Millionen € ausmachen. Wir decken damit unsere Haushaltsveränderungen in Höhe von 323,1 Millionen € und würden den verbleibenden Betrag von rund 261 Millionen € nutzen, um die Nettoneuverschuldung zu reduzieren. Auch das folgt unserer Linie konsequent. Denn wir haben in den letzten Jahren immer gesagt: Wir erhöhen die Verschuldung nur, um wegbrechende Steuereinnahmen auszugleichen. In dem Moment,

wo Steuereinnahmen wieder fließen, sind wir auch in der Lage, die Verschuldung zurückzuführen. Deshalb geben wir rund 260 Millionen € in die Rückführung der Verschuldung.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend sagen: Wir halten dieses Konzept für einen Alternativentwurf, der seriös und in der Finanzierung solide ist sowie im Gegensatz zu Ihrem Haushaltsplanentwurf keine Umverteilung zulasten der Schwachen in diesem Lande vorsieht, sondern die Kleinen zu Gewinnern macht und die soziale Verantwortung wahrnimmt.

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Heute konnte man in der größten Zeitung in Nordrhein-Westfalen, in der „WAZ“, lesen: „CDU und FDP beschimpfen sich“. Als Ursache wurden die monatelangen Haushaltsberatungen genannt, die ergeben hätten, dass eine historisch geringe 1-Promille-Korrektur vorgenommen worden ist. Mit 1 Promille ist man nicht mehr fahrtüchtig. Und ich kann Ihnen konstatieren: Sie sind offensichtlich auch nicht politiktüchtig gewesen; denn das, was Sie den Leuten vor einem Jahr vor der Wahl versprochen haben, gilt weiterhin, aber Sie haben es in der Wirklichkeit überhaupt nicht erfüllt. Deshalb stellen wir weiterhin Ihrem Haushaltsentwurf entgegen: „Versprochen – gebrochen“; denn die Korrekturen, die Sie da vornehmen, sind letztlich nur Makulatur.

Ich muss auch feststellen, dass gerade die FDP offensichtlich als Bettvorleger des Finanzministers gelandet ist; denn Sie hatten hier noch sehr großmündig angekündigt, Korrekturen an diesem Haushalt vornehmen zu wollen. Es ist in der Presse auch entsprechend kommentiert worden, was dabei herausgekommen ist. An dem, was ich gerade aus der „WAZ“ vorgetragen habe, kann man das, glaube ich, sehr deutlich sehen.

Ich kann Herrn Linssen nur gratulieren. Offensichtlich hat er es geschafft, die Fraktionen und die Abgeordneten der Fraktionen zu Statisten zu degradieren. Er hat Ihnen sozusagen noch einige kleine Zückerchen, was Korrekturen im Haushalt angeht, gegeben, aber es ist Ihnen überhaupt nicht gelungen, im Haushalt tatsächlich zu weit reichenden Veränderungen zu kommen. Das Diktat des Finanzministers hat sich hier voll durchgesetzt. Und wenn hier, wie gerade gehört, Vertreterinnen der Regionalstellen „Frau und Beruf“ erzürnt aus dem Saal gelaufen sind, so gilt das auch für viele weitere Personen und Leute hier im Land und viele Bereiche, die mit diesem Haushaltsentwurf ganz massiv unter die Räder kommen.

Wir müssen einfach feststellen, dass dieser Haushalt absolut sozial unausgewogen ist, dass er Klientelpolitik macht und überhaupt nicht das erfüllt, was hier groß angekündigt worden ist, nämlich tatsächlich eine sozial gerechte und letztlich den Haushalt konsolidierende Politik zu betreiben. Das ist nicht nachzuvollziehen. Wenn ich mir ansehe, dass Sie bei der mittelfristigen Finanzplanung bis 2009 schon eine Verschuldung von 132,6 Milliarden € prognostizieren – das heißt, dass der Schuldendienst dann pro Jahr 5,2 Milliarden € jährlich betragen wird, und das bei einem sehr niedrig angesetzten Zinssatz, der mehr als fragwürdig ist –, dann kann man angesichts Ihres Versprechens, den Haushalt zu konsolidieren, nur „Versprochen – gebrochen“ konstatieren.

Ich rechne damit, dass bei der nächsten Wahl im Jahre 2010 die Neuverschuldung bei ungefähr 140 Milliarden € liegen wird. Dann hätten Sie in fünf Jahren 25 % der Gesamtschulden des Landes Nordrhein-Westfalens geschaffen. Das zeichnet sich schon jetzt

in Ihrer Politik real ab. Sie haben schon beim Nachtragshaushalt im letzten Jahr versucht, uns dafür einen Teil in die Schuhe zu schieben. Ich kann Ihnen nur sagen: Die Realität sieht anders aus. Sie werden es nicht schaffen. Wir haben im letzten Jahr deutlich gemacht, dass wir uns beim Nachtragshaushalt zurückhalten, obwohl einige Sachen sehr fragwürdig waren, zum Beispiel die Erhöhung der Neuverschuldung um 2 Milliarden €, die Sie betrieben haben. Das ist jedoch jetzt Ihr erster eigener Haushaltsentwurf. Er bleibt weit hinter dem zurück, was Sie versprochen haben.

Es gibt keine Impulse für Wirtschaft und Arbeit. Sie führen die Steinkohlesubventionen genauso weiter; 570 Millionen € stehen in diesem Haushalt. Offensichtlich macht sich nun auch die CDU zum Verteidiger der Steinkohle.

Auch bezüglich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – eigentlich das zentrale Thema in Nordrhein-Westfalen in Anbetracht von einer Million Arbeitslosen – ist überhaupt nicht zu erkennen, wie Sie diese Thematik aufgreifen und angehen.

Das soziale Ungleichgewicht habe ich schon angesprochen. Es ist ein völliges Versagen von Minister Laschet bei zukunftsgerechter Politik für Kinder und Jugendliche, also für die nachfolgenden Generationen, zu erkennen. Gerade der Kinder- und Jugendbereich ist massiv unter die Räder gekommen. Die Änderungen, die Sie dazu vorgenommen haben, sind überhaupt nicht dazu angetan, positive Impulse zu setzen. Wenn der Ministerpräsident das Jahr des Kindes verkündet, dann ist das eine reine Lachnummer. Ihre konkrete Haushalts- und Finanzpolitik tut genau das Gegenteil, indem Sie in diesem Bereich ganz massiv kürzen. Es gibt Volksinitiativen, die sich genau gegen diese Pläne, die Sie realisieren, wenden. Ich bin sehr gespannt, wie Sie sich in der Plenardebatte und dann, wenn die Volksinitiativen das entsprechend umgesetzt haben, aufstellen werden. Mit der von Ihnen vorgenommenen Minimaländerung am Landeshaushalt werden Sie die Menschen aus Nordrhein-Westfalen sicherlich nicht überzeugen können.

Daneben ist es aber so, dass Sie sowohl bei den Landwirtschaftskammern als auch bei den Flughäfen aufgestockt haben. Ich komme aus dem Münsterland. Der Flughafen Münster/Osnabrück soll 11 Millionen € bekommen, damit er ausgebaut werden kann. Auch im Bereich Straßenbau haben Sie draufgesattelt. Das zeigt sehr deutlich, es ist offensichtlich Geld da, das man auch an anderer Stelle hätte verwenden können, denn in diese Bereiche sind über 30 Millionen € mehr geflossen. Das macht deutlich, Sie haben ganz klar Klientelpolitik betrieben. Gerade die Landwirtschaftskammern profitieren davon. Unser Slogan „Rinder statt Kinder“ ist genau das, was Sie hier machen. Von unserer Seite ist das aufs Schärfste zu kritisieren.

Es ist richtig, dass wir den Haushalt konsolidieren müssen. Deswegen haben die Grünen ein umfassendes Gesamtkonzept vorgelegt. Von den Zahlen her liegen wir rund 100 Millionen € unter dem, was der Finanzminister vorgeschlagen hat und die Fraktionen absegnen werden. Wir haben also sehr deutlich gemacht, dass es auch anders geht. Neben den 124 Haushaltsanträgen jetzt werden wir nach der Sommerpause auch noch ein mittelfristiges Konzept vorlegen. Wir haben ja eine Haushaltskommission eingerichtet, die den einen oder anderen Vorschlag machen wird. Wir werden also deutlich machen, dass auch mittelfristig eine andere Haushaltspolitik, die sozial gerechter, ökologisch verträglicher und finanzpolitisch nachhaltiger ist, zum Tragen kommen kann.

Konsolidierung ist natürlich ein wichtiges Stichwort. Ich vermisse jedoch bundespolitische Aktivitäten, zu einer Einnahmeverbesserung zu kommen. Wir haben versucht, insofern Einnahmeverbesserungen sicherzustellen, als wir die kw-Stellen aussetzen wollen, die bei den Steuer- und Finanzprüfern ausgebracht worden sind, weil diese Leute dazu beitragen, dass Mehreinnahmen im Landeshaushalt erzielt werden können. Nach unserer Auffassung könnten dadurch Mehreinnahmen in Höhe von 100 Millionen € erzielt werden.

Dies wird auch von der Deutschen Steuer-Gewerkschaft unterstützt. Auch der DGB hat hierzu im Rahmen der Anhörung entsprechend Stellung genommen. Bezüglich des Haushaltsplanentwurfs spricht der DGB von einem Dokument der Hilflosigkeit. Bei den Beschäftigten des Landes stößt er auf tiefe Unruhe und Verbitterung. Das RWI kritisiert in dem Zusammenhang die geplante Mehrwertsteuererhöhung, die sich nachträglich für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen auswirken wird. Dr. Rainer Kambeck hat sich hierzu sehr deutlich geäußert. Der Bund der Steuerzahler hat sich ebenfalls sehr kritisch geäußert. Michael Boeckhaus hat bei der Anhörung im Haushaltsausschuss sehr deutlich auf die Schuldensituation hingewiesen und gesagt, dass die Schulden von heute die Steuern von morgen sind.

Genau diese Politik führen Sie jedoch jetzt fort. Sie haben kein Augenmerk auf eine Verbesserung der Einnahmesituation gerichtet. Wir meinen, dass hier mehr passieren muss. Ich finde es sehr richtig und wichtig, was der SPD-Kollege Beck als Ministerpräsident eines Landes gemacht hat, nämlich deutlich zu machen, wir müssen die Länderfinanzsituation in der Form verbessern, dass die Länder höhere Einnahmen erzielen, denn die sind massiv gefährdet, da die Einnahmesituation dramatisch ist. Ich würde mir wünschen, dass unser Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers sich entsprechend äußern würde, damit bundespolitisch die eine oder andere Aktivität vorankommt. Wir selber haben jede Menge Forderungen gestellt, und zwar nicht nur die Grünen auf Landesebene, sondern auch unsere Bundestagsfraktion, zum Beispiel was die Wiedereinführung einer verfassungskonformen Vermögensteuer, höhere Erbschaftsteuer, Anhebung des Spitzensteuersatzes von 42 % auf 45 % und vor allem Maßnahmen zur Bekämpfung des Steuerbetrugs, insbesondere Mehrwertsteuer, Schließung von Steuerschlupflöchern angeht.

Wir werden nicht ohne eine Verbesserung der Einnahmesituation eine Haushaltskonsolidierung in Nordrhein-Westfalen schaffen. Es kann nicht sein, dass wir die wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen kaputt sparen. Was Sie machen, geht aus unserer Sicht in vielen Bereichen in die falsche Richtung und bringt keine positiven Entwicklungen. Sie haben in vielen zukunftsgerichteten Bereichen massiv gekürzt. Die wirtschaftliche Entwicklung für Nordrhein-Westfalen ist mehr als problematisch. Was die Arbeitsplätze angeht, kann ich überhaupt nicht erkennen, wie Sie Ihre Versprechungen einlösen wollen. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer wird dazu beitragen, diese Entwicklung sogar noch weiter zu blockieren.

Wir Grünen haben ein umfassendes Konzept für 2006 vorgelegt. Wir wollen natürlich die Mittel für den Jugendförderplan, was wir auch im Landtag beschlossen haben, um 21 Millionen € erhöhen, um auf die 96 Millionen € zu kommen. Sie haben sich jetzt ganz anders festgelegt, was wieder einem massiven Bruch des Wahlkampfversprechens ent-

spricht, indem Sie sagen, wir wollen nur noch 75 Millionen € bereitstellen. Das ist ein glatter Betrug an den Wählerinnen und Wählern. Dasselbe gilt für die Kindertagesstätten. Ihre Minister auf Bundes- und Landesebene reden immer davon, Kinder und Jugendliche sollen besonders gefördert werden, aber es wird massiv gekürzt. Wir als Grüne haben sehr deutlich gemacht, dass wir 140 Millionen € in diesen Bereich umschichten wollen.

Zur Kommunalpolitik haben wir bereits einiges gesagt.

Auch die Kürzung bei der Stiftung Wohlfahrtspflege in Höhe von etwa 11 Millionen € wollen wir rückgängig machen.

Außerdem sollen 30 Millionen € zusätzlich in den Ausbau und die Sanierung der Krankenhäuser investiert werden.

Wir wollen auch ein Investitionsprogramm für die heimische Wirtschaft. Wir brauchen ein CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, was insbesondere dem Mittelstand, der Handwerkerschaft zugute kommt. Wir müssen endlich aus der Steinkohlesubventionierung heraus. Leider scheinen wir als Grüne die einzige Fraktion im Landtag zu sein, die das noch ernsthaft will, denn CDU und FDP haben sich davon massiv verabschiedet.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

– Frau Freimuth, Sie haben den Mund sehr voll genommen, aber es ist absolut nichts passiert. Sie haben in diesem Bereich völlig versagt. Ihr Fraktionsvorsitzender ist hier sehr vollmundig angetreten und ist als Bettvorleger gelandet, und zwar nicht nur vor den Füßen des Finanzministers, sondern auch vor den Füßen der CDU-Fraktion. Wenn die Ihnen sagt, Sie sollen zukünftig die Klappe halten, dann ist das eine sehr deutliche Sprache, die hier gesprochen wird. Das stammt nicht von mir, sondern man kann das alles in der Zeitung nachlesen.

Ferner wollen wir, dass solche Unternehmen wie RWE Power, das zum Beispiel mit der Braunkohle Riesenmilliardengewinne gemacht hat, beispielsweise beim Wasserentnahmeentgelt ihren Beitrag leisten. Auch hier gibt es sozusagen ökologisch steuernd Einnahmepotenziale, die für den Landeshaushalt nutzbringend eingebracht werden können. Wir haben vorgesehen, dass dieses Geld tatsächlich kommt.

Wir haben sehr kritisch überprüft, was Sie hier in der Vergangenheit selber vorgeschlagen haben. Beispielsweise haben Sie gesagt, die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit, für Sachverständige usw. sollen gänzlich reduziert werden. Diesbezüglich ist bei Ihnen nichts zu erkennen. Sie haben zum Teil sogar die Posten erhöht. Unserer Meinung nach gibt es in dem Bereich sehr große Einsparpotenziale. Dies ist zum Beispiel auch bei Gutachten der Fall. Die einzelnen Ministerien und auch die Staatskanzlei haben sich massiv die Summen erhöht, allein die Staatskanzlei um rund eine halbe Million Euro. Das macht einen Widerspruch zu der Politik, die Sie als Opposition hier vertreten haben, deutlich.

Das Gleiche gilt für die Stellenpolitik. Direkt nach der Wahl hat man erlebt, dass Sie Ihre Parteigänger in der Staatskanzlei oder auf anderen Posten untergebracht haben. Insgesamt haben Sie dadurch über 90 neue Stellen geschaffen, die zusätzlich den Landeshaushalt belasten. Wenn man sich die Personalpolitik insgesamt ansieht, dann

muss man feststellen, dass wir deutlich Stellen reduziert haben, auch im Umweltministerium. Die Zahlen liegen ja jetzt vor. Frau Höhn hat zwischen 1995 und 2000 die Anzahl der Stellen um mehr als 1.000 reduziert. Das macht deutlich, wir haben eine sparsame Personalpolitik betrieben. Bei Ihnen ist das überhaupt nicht zu erkennen. Im Moment schaffen Sie sich überall Stellen, was zur Erhöhung der Ausgabeseite des Landeshaushaltes beiträgt, bis hin zur Wiedereinführung der Reiterstaffel, was eine völlig unsinnige Maßnahme ist, die man überhaupt nicht nachvollziehen kann.

Bezüglich der weiteren Stellenentwicklung bin ich sehr gespannt, wie Sie das tatsächlich bewerkstelligt bekommen. Ursprünglich hieß es, dass 1,5 % der Stellen eingespart werden sollen. Das wurde dann ständig reduziert und viele Bereiche wurden ausgenommen. In Bereichen, die aus unserer Sicht sehr wichtig sind, weil sie dazu beitragen, die Einnahmensituation zu verbessern, zum Beispiel beim Landesrechnungshof, soll jedoch die Anzahl der Stellen reduziert werden. Das ist nicht nachvollziehbar und für den Landeshaushalt kontraproduktiv.

Ich kann Ihnen nur konstatieren: Ihr Haushaltsentwurf ist unsozial, unökologisch, zukunftsfeindlich. Er dient überhaupt nicht dazu, den Landeshaushalt zu konsolidieren. Von daher werden wir diesem Haushaltsentwurf nicht zustimmen. Auch ich finde es bedauerlich, dass Sie Ihre Änderungsanträge so spät vorgelegt haben. Diese werden wir ebenfalls ablehnen.

Volkmar Klein (CDU): Im Vorfeld der Landtagswahl im vergangenen Jahr haben wir angekündigt und dies zu einem der Mittelpunkte der Wahlauseinandersetzung gemacht, dass wir endlich in die finanzielle Konsolidierung unseres Landeshaushalts einsteigen und dazu beitragen müssen, die explodierende Neuverschuldung zu reduzieren. Wir haben gesagt, dass wir gleichzeitig einen Umbau erwarten zugunsten von mehr Geld für Schule, Bildung und Zukunft.

Nach der Landtagswahl haben die gewählten Koalitionsfraktionen erneut sehr deutlich artikuliert, dass genau das der Inhalt des ersten richtigen Haushaltsplanes dieser Koalition sein muss. Dem ist die Regierung nachgekommen und hat den hier vorliegenden Haushaltsentwurf vorgelegt. Wir hatten ja bereits im Ausschuss die eine oder andere Gelegenheit, die Zielrichtung dieses Haushaltsentwurfes zu loben. Ich bin aufgrund dieser Tatsache eher sehr zufrieden damit, dass kaum Änderungen erforderlich sind, um den Haushaltsplanentwurf vielleicht noch ein bisschen zu verbessern.

Wenn Sie sich die einzelnen Änderungsanträge ansehen, dann werden Sie feststellen, dass an der einen oder anderen Stelle zusätzliche Punkte gesetzt werden, und zwar für eine bessere Berücksichtigung von Schule, Kinder und Jugend, also mehr Geld in diese Bereiche. Im Schulhaushalt sind rund 300 Millionen € mehr veranschlagt worden als im vergangenen Jahr. Das macht deutlich, wie markant die Umschichtung in diesem Landeshaushalt ist.

Wir haben volles Verständnis dafür, dass an vielen Stellen Vorschläge gemacht werden, wo man noch mehr Geld ausgeben könnte. Mehr Geld und mehr finanzieller Spielraum für viel Gutes, was in diesem Land gemacht werden könnte, wären natürlich schön und gut. Die Frage ist nur, ob es finanzierbar ist. Wir wissen ja noch aus eigener

Erfahrung, dass es als Opposition relativ leicht ist, Vorschläge zu unterbreiten, in welchen Bereichen man noch Gutes tun kann.

Ich finde es ausgesprochen interessant, wenn von der SPD-Fraktion vorgeschlagen wird, das letzte Kindergartenjahr solle beitragsfrei sein. Wenn ich mich recht entsinne, hatten wir eine 39-jährige Regierungszeit unter Führung der Sozialdemokratischen Partei. Aber ernsthaft ist dieses Projekt in diesen vielen Jahren nicht verfolgt worden, obwohl der frühere Ministerpräsident Johannes Rau einmal gesagt hat, eigentlich wäre es richtig, wenn es überhaupt keine Kindergartenbeiträge gäbe. Wir sind uns alle darüber einig, dass es schön und gut wäre. Das ist aber in der Vergangenheit – das vermute ich – nicht an Ihrem Willen, sondern an der Realität gescheitert. Das Leben als Opposition ist natürlich etwas leichter, weil man auf diese Realität keine Rücksicht nehmen muss und solch einen Vorschlag einfach unterbreiten kann. Insofern nehmen wir das einfach zur Kenntnis. Das ist ein wunderbarer Vorschlag, der aber leider wie in den letzten 39 Jahren völlig an der Realität scheitert. Wir sind jetzt diejenigen, die dafür sorgen müssen, dass die Vorschläge realistisch sind. Dementsprechend können wir nur Dinge beschließen, die auch passen.

(Harald Schartau [SPD]: Dass innerhalb der letzten 39 Jahre die Mauer gefallen ist, haben Sie aber schon zur Kenntnis genommen?)

– Dann nehmen wir einfach die letzten fünf oder sechs Jahre. Man kann auf jeden Fall feststellen: Dieser von Johannes Rau vor langer Zeit gemachte gute Vorschlag ist nicht umgesetzt worden, weil es einfach nicht geht.

Ich weise ja gerade darauf hin, dass die finanziellen Spielräume natürlich berücksichtigt sein müssen. Wenn ich Ihre Vorschläge zusammenfasse – viele Wohltaten sollen verteilt werden, und dann wird insgesamt aber darauf hingewiesen, dass die jetzt hiermit verbundene Neuverschuldung, die 2010 zu irgendwelchen Zahlen führe, noch viel zu hoch sei –, dann vermisse ich jetzt engagierte Vorschläge, wie denn die Neuverschuldung weiter reduziert werden kann.

(Gisela Walsken [SPD]: Das habe ich doch gerade gesagt!)

– Wenn ich mir anschau, was von Ihnen auf der Seite der Gegenfinanzierung vorgeschlagen wird, dann ist das vielleicht doch eher ein Anknüpfen an alte Unseriosität. Ich sehe mir einfach einmal die drei Punkte an, die bei Ihnen im Mittelpunkt stehen.

Da werden erstens 150 Millionen € Darlehensrückflüsse vom BLB erwartet. Also, in den vergangenen Jahren haben wir doch immer wieder im Haushaltsplan gelesen: Verkauf von LEG,

(Gisela Walsken [SPD]: Was hat LEG mit BLB zu tun?)

Abtretung von Forderungen für viele 100 Millionen €, Auflösung von Schulbaufonds. Das ließ sich alles nicht realisieren, weil es an der Realität vorbeiging. Wir alle wissen doch: Der BLB kann nur dann Darlehensrückflüsse an das Land bezahlen, wenn er auch entsprechende Immobilien verkauft und den Spielraum dafür bekommt.

(Gisela Walsken [SPD]: Das hat er regelmäßig getan!)

Das ist aber im vergangenen Jahr schon nicht der Fall gewesen,

(Gisela Walsken [SPD]: Das war nicht gewollt!)

und es wird realistisch betrachtet auch in diesem Jahr wieder nicht der Fall sein. Jeder, der sich ein bisschen auf dem Immobilienmarkt auskennt, wird einen solchen Vorschlag nicht machen können, außer dass er auf dem Papier dazu beitragen will, ausgeglichene Vorschläge zu leisten, aber sicher ist, den Realitätstest nicht antreten zu müssen, sondern weiterhin Opposition zu spielen.

Der zweite Punkt: Steuermehreinnahmen. Wenn man sich ansieht, wie weit Ihre frühere Schätzung der Steuereinnahmen von der Realität entfernt war, wird an dieser Stelle im Kern deutlich, wieso Sie zum Beispiel ausgeglichene Haushalte zum Zeitpunkt der Beratung und Beschlussfassung vorlegen konnten. Es sind doch immer Milliardenbeträge gewesen, um die die tatsächlichen Steuereinnahmen hinterher niedriger ausgefallen sind, verglichen mit Ihren Mondzahlen bei der Verabschiedung der Haushaltspläne.

(Gisela Walsken [SPD]: Wie in allen Bundesländern, Herr Kollege!)

Wir wollen mit dieser alten Praxis aufhören. Wenn Sie an die alte Tradition anknüpfen wollen, völlig unsichere Steuermehreinnahmen zur Deckung Ihrer Vorschläge einzusetzen, ist das der falsche Weg. Das kann nicht sinnvoll sein.

Dabei gucke ich mit ein bisschen Verwunderung nicht nur zur SPD, sondern auch zu den Grünen. Ich habe nämlich in dem Kommunalrundbrief gesehen, dass Sie mit Steuermehreinnahmen von 120 Millionen € rechnen, und zwar aufgrund von mehr Steuerprüfungen. Ein Antrag dazu liegt aber nicht vor. Wahrscheinlich wird er ja noch nachgereicht; inzwischen haben wir ja einen SPD-Antrag nachgereicht bekommen.

(Gisela Walsken [SPD]: Vorsichtig! Sie wissen, warum der jetzt verteilt wurde!)

– Vielleicht ist das ja ein Fehler. Nur, ich habe bisher bei den Anträgen, die zum Einzelplan 20 vorgelegt worden sind, keinen Antrag gefunden, wonach 120 Millionen € Steuermehreinnahmen anzusetzen sind. Vielleicht ist das auch unterwegs verloren gegangen; vielleicht wird der Antrag ja gleich mündlich gestellt. Wir warten gespannt auf die Auflösung. Uns liegt jedenfalls ein solcher Antrag noch nicht einmal vor. Ich glaube, es ist unseriös, einfach höhere Steuereinnahmen anzusetzen, derer wir uns nicht im Geringsten sicher sein können.

Unseriös ist es aber auch, die Einzahlungen in den Länderfinanzausgleich über Gebühr abzusenken. Realistisch ist es aufgrund der sich jetzt ergebenden Zahlen, dass wir 25 Millionen € weniger Ausgaben im Länderfinanzausgleich veranschlagen. Aber diesen Betrag einfach viel höher zu setzen, kann nicht richtig sein. Dies ist der Tatsache geschuldet: Wenn Sie als Opposition Vorschläge machen und sich sicher sein können, keinen Realitätstest antreten zu müssen, dann bleibt Ihnen das völlig unbenommen. Aber Sie müssen damit rechnen, dass wir das nicht mitmachen, sondern eine derartige Deckung ablehnen werden.

Wenn tatsächlich mehr Steuereinnahmen eingehen sollten oder wenn sich an anderer Stelle durch Verkauf von Landesvermögen die Einnahmeposition des Landes verbessert, dann werden – das ist angekündigt – diese Haushaltsverbesserungen in die Konsolidierung fließen. Dann wird das die Nettoneuverschuldung dieses Landes reduzieren

müssen. Das ist auch bitter nötig. Denn das, was wir als Perspektive jetzt an Korridor für die weitere Verschuldung prognostizieren, kann ja nicht ausreichend sein für eine wirkliche Konsolidierung unseres Landes. Das heißt: Das, was an weiteren Verbesserungen eintrifft, werden und müssen wir in die Konsolidierung, in die Schuldenreduzierung stecken und dürfen wir nicht in zusätzliche Ausgabenprojekte hineinfließen lassen.

Wir sind das nicht nur dem schuldig, dass wir zu einem möglichst schnellen Zeitpunkt die Kreditverschuldungsgrenze des Artikels 83 der Landesverfassung erreichen müssen, sondern es ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass wir viel mehr, als Sie es mit Ihren Anträgen tun und als wir es in der Vergangenheit getan haben, an Generationengerechtigkeit denken müssen. Wir müssen einfach alles tun, was möglich ist, um den Verschuldungskorridor nach unten abknicken zu lassen. Das können wir nur, wenn wir uns jetzt darauf verständigen – und das werden wir mit dieser Haushaltsbeschlussfassung tun –, mögliche, aber heute noch völlig unsichere, weitere Haushaltsverbesserungen in die Konsolidierung zu stecken. Weil wir in der Vergangenheit häufig dieses Gesamtziel für das Land gemeinsam formuliert haben, würde ich mich freuen, wenn wir über die Stimmen der Koalitionsfraktionen hinaus noch das eine oder andere an Zustimmung dafür bewegen könnten.

Vorsitzende Anke Brunn: Ich möchte, dass sich eine Sache nicht falsch festsetzt, Herr Kollege Klein: Der Antrag ist nicht nachgereicht worden. Er ist mit Sendeprotokoll abgegangen, und wir werden noch genau gucken, wohin er gegangen ist. Das Problem liegt in dem Verfahren. Als ich gestern Abend zwischen 23 Uhr und 1 Uhr die Liste der Anträge durchsah, habe ich auch nicht gesehen, dass gerade dieser SPD-Antrag fehlte. Wie auch immer er in dem Verfahren untergegangen ist – das darf nicht der SPD-Fraktion zugerechnet werden, weil sie ihn nämlich in das Verfahren eingegeben hat. Bekanntlich haben alle Fraktionen ihre Anträge erst freigegeben, nachdem die Regierungsfaktionen ihre Anträge freigegeben haben. Wir wissen jetzt nicht, welche Fehler wir noch haben, aber wir geben uns alle Mühe, aus dieser Konstellation das Beste zu machen. Das möchte ich der Klarheit halber sagen. Ich sehe überhaupt keinen Anlass, Kritik an der SPD-Fraktion oder am Sekretariat zu üben. Wenn wir das so nicht gemacht hätten, hätten wir heute überhaupt nicht beraten können. Wenn es einen Fehler gibt, liegt es an dem Verfahren, aber nicht daran, dass irgendwo etwas versäumt wurde.

(Gisela Walsken [SPD]: Vielleicht korrigieren Sie auch Pressemeldungen daraufhin, sonst tun wir das!)

Angela Freimuth (FDP): Ich glaube, dass an der Stelle Entspannung eintreten kann, weil das vorhin geklärt worden ist.

(Gisela Walsken [SPD]: Presseerklärung!)

Vielleicht kann ich an der Stelle für alle Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss sagen: Was das Ausschuss-Sekretariat gestern und heute geleistet hat, ist klasse. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Zum Thema Haushalt! Zunächst einmal: Der von der Landesregierung vorgelegte Haushalt hat durchaus deutliche Konsolidierungsbeiträge, auch in Bereichen, in denen es schmerzhaft ist. Die Kürzungen im Bereich der Frauenhäuser tun mir persönlich zum Beispiel richtig weh, weil ich dort auch engagiert bin. Auch dass wir den Wünschen nach Aufstockung im Landesjugendplan nicht entsprechen können, finde ich sehr bedauerlich. Es gibt noch eine Reihe weiterer Positionen.

Aber der eingeschlagene Kurs ist richtig und auch alternativlos. Die Landesregierung hatte ja zunächst geplant, uns eine höhere Nettokreditaufnahme vorzulegen. An der Stelle haben die die Landesregierung tragenden Fraktionen CDU und insbesondere FDP deutlich gesagt, dass wir nicht bereit sind, eine so hohe Nettokreditaufnahme zu akzeptieren. Die Landesregierung hat daraufhin ihren Haushaltsentwurf noch einmal überarbeitet, und in der Tat ist weniger dabei herausgekommen.

Mit den Änderungsanträgen zur zweiten Lesung, die heute eingegangen sind, haben wir noch Akzentsetzungen vorgenommen. Herr Kollege Sagel, weder die Anzahl von Änderungsanträgen noch die bewegten Volumina verbessern diesen Haushaltsentwurf, der von der Landesregierung ja bereits als guter Haushaltsentwurf vorgelegt worden ist. Sie verschlechtern ihn auch nicht. Das, was wir gemacht haben, sind vielmehr Akzentsetzungen, wofür wir auch die Zustimmung der anderen Fraktionen dieses Parlaments erbitten. Wir laden Sie herzlich ein, diese Akzentverschiebungen, diese Schwerpunkte mit auszubilden. Wir haben zum Beispiel den Aktionsplan „Frühe Förderung von Kindern“, der den Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen unterstützt, um 23 Millionen € aufgestockt. Wir haben mehr für die Familienzentren getan, und wir haben die Kürzungen bei den freien Trägern, was die gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften anbetrifft, auf das Niveau der Kürzungen in anderen Bereichen zurückgefahren.

(Britta Altenkamp [SPD]: Die sind bestimmt auf die Knie gefallen!)

– Frau Altenkamp, die Kürzungen insgesamt sind notwendig. Wir bekommen mit der Politik, die Sie in den vergangenen 39 Jahren – zumindest was die SPD angeht – betrieben haben, den Haushalt nicht konsolidiert.

Ich will auf zwei Bemerkungen eingehen, die Kollegin Walsken gemacht hat. Steuereinnahmen insgesamt sind gerade von der SPD und den Grünen in den vergangenen Jahren immer zu optimistisch angesetzt worden und als Prognosen zu optimistisch in den Landeshaushalt eingesetzt worden.

(Gisela Walsken [SPD]: Bei vielen CDU-Landesregierungen auch!)

Sie sind nicht zu realisieren gewesen. Sie haben im Zuge des Haushalts jedes Jahr die Nettokreditaufnahme erhöhen müssen, weil die Steuereinnahmen, wie Sie das immer so schön gesagt haben, weggebrochen sind. Wenn Sie gesagt haben, Sie hätten die Schulden nur erhöht zur Finanzierung der wegbrechenden Steuereinnahmen,

(Gisela Walsken [SPD]: Ja, ausschließlich!)

dann sind das in der Gesamtheit immerhin 112 Milliarden € geworden. Ich weiß nicht genau, was dem für ein Verständnis zugrunde liegt; ich habe ein anderes Verständnis. Wir müssen uns mit dem, was wir ausgeben, in erster Linie an den Einnahmen orientie-

ren und nicht an dem, was wir eventuell an Einnahmen gerne hätten oder was sozusagen auf der Weihnachtswunschliste steht.

Beim Länderfinanzausgleich gilt das Gleiche: Wir haben berechnete Annahmen dahin gehend, dass wir weniger in den Länderfinanzausgleich einzahlen müssen. Das finde ich für sich genommen schon schlimm genug, weil es natürlich ganz andere Rückschlüsse zulässt, was die Frage der Leistungsfähigkeit Nordrhein-Westfalens angeht. Trotzdem, was den Haushalt 2006 betrifft, haben wir Anhaltspunkte dafür, dass wir tatsächlich weniger in den Länderfinanzausgleich einzahlen müssen. Deshalb hat die Landesregierung mit der ersten Ergänzung den Ansatz bereits reduziert. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass er noch weiter zu reduzieren ist, aber nicht in der Größenordnung, in der Sie das hier, getragen von Ihrem Wunsch, vorlegen.

Das, was wir an virtuellen Gegenfinanzierungen auch in den letzten Jahren immer beobachtet haben, was sich dann im Zweifel nicht realisieren lässt, möchte ich zukünftig nicht mehr. Die FDP-Fraktion und die regierungstragenden Fraktionen insgesamt möchten das nicht mehr so, sondern wir wollen in Zukunft zu einer vorsichtigen Einnahmeprognose kommen. Wenn wir dann mehr Steuereinnahmen haben sollten, wenn wir weniger in den Länderfinanzausgleich einzahlen müssen oder Entlastungen an anderer Stelle haben, dann möchte ich mir nicht in erster Linie Gedanken darüber machen, wie man denn dieses Geld möglichst schnell wieder unter das Volk bringt. Ich möchte gerne, dass wir davon – und das Ziel haben wir auch festgelegt – die Verschuldung zurückführen und damit den nachfolgenden Generationen weniger Ballast überlassen und einen Beitrag zu einer nachhaltigen Finanz- und Haushaltspolitik leisten.

Noch eine Bemerkung zum Kollegen Sagel, der so freundlich war, das Thema Steinkohlesubventionierung noch einmal anzusprechen. Herr Sagel, ich finde es schon ziemlich keck. Die von Ihnen getragene Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren munter Verträge zur Subventionierung der Steinkohle verlängert. Sie haben hier in der Koalition mit der SPD keinen einzigen Vorstoß unternommen,

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Bitte?)

tatsächlich aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau aussteigen. Das ist am Widerstand Ihres Koalitionspartners gescheitert. Ich stelle eindeutig und unmissverständlich klar: CDU und FDP haben in ihrem Koalitionsvertrag verabredet, dass wir aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau aussteigen. Das ist auch richtig, und es ist alternativlos.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Parteispende gekriegt!)

– Herr Kollege Sagel, das können wir gerne bei anderer Gelegenheit näher erörtern. Dann kommen bestimmt auch noch solche Dinge wie Bioland usw. hinein. Das hat aber nichts mit dem Landeshaushalt zu tun. Ich sage an dieser Stelle ganz klar: Wir werden aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau aussteigen. Wir wollen dazu alle notwendigen Verhandlungen und Gespräche führen. Sie haben Verträge abgeschlossen und freigezeichnet, die uns leider noch für mehr als die nächsten Jahre binden. Das ist die Crux. Ich finde es verlogen, dass Sie jetzt sagen, es würde nichts getan. Das Gegenteil ist der Fall; Sie können sich ganz entspannt zurücklehnen und sich darauf verlassen. Vielleicht können Sie an der Stelle mit uns gemeinsam den Druck auf die große

Koalition in Berlin erhöhen, die nämlich an der Stelle angesichts des Widerstandes der SPD sowohl hier im Land Nordrhein-Westfalen als auch auf Bundesebene bedauerlicherweise noch nicht so weit ist, dass sie den Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau durchsetzen will.

Ich will noch auf zwei Punkte hinweisen, weil sie sich bereits im Entwurf des Landeshaushalts und jetzt in unseren Änderungsanträgen niederschlagen. Wir haben ein Sonderprogramm für Jugend und soziale Brennpunkte aufgelegt. Es ist auch wirklich erforderlich und wichtig, dass wir die Mittel tatsächlich dort einsetzen, wo sie gezielt gebraucht werden. Das heißt, dass wir Mittel nicht mehr mit der Gießkanne ausbringen, sondern tatsächlich gezielte Schwerpunkte setzen. Das haben wir an dieser Stelle getan, leider nicht in dem Umfang, wie man es sich vielleicht wünschen würde; aber ich habe ja gerade schon auf die 112 Milliarden € Ballast aus Ihrer Erblast hingewiesen.

Der Bereich der Sprachförderung stellt in vielen Bereichen ein großes Problem dar, was man aufgrund der vielen Beschwerden weiß, die es von Lehrerinnen und Lehrern, aber auch Eltern gibt, und der vielen Diskussionen, die im Augenblick gerade im Zusammenhang der Debatte um die Veränderungen des Schulgesetzes eine Rolle spielen. Wir haben aber nicht nur mit dem Haushaltsentwurf die Mittel für die Sprachförderung fast verdoppelt, sondern mit einem Änderungsantrag nochmals aufgestockt, damit wir den zumindest bei den ganz Kleinen bestehenden Bedarf tatsächlich decken können.

Ich würde mich sehr freuen, sofern wir an dieser Stelle tatsächlich einen Konsolidierungshaushalt gemeinsam fahren könnten, wenn Ihre Einsparvorschläge und Gegenfinanzierungsvorschläge so seriös wären, dass wir mit vorsichtigen Annahmen damit umgehen könnten. Von meiner Seite kann ich jedenfalls sagen – das wird für die Kolleginnen und Kollegen von der CDU mit Sicherheit nicht anders sein –, dass wir dankbar für Ihre Anregungen sind, wie wir zu Einsparungen kommen können. Aber machen Sie bitte nicht mit dem weiter, was Sie in den letzten fünf Jahren, für die ich das beurteilen kann, gemacht haben, nämlich immer wieder virtuelle Einnahmen durch zu optimistisch prognostizierte Steuereinnahmen und imaginäre Einnahmen aus Privatisierungen zugrunde zu legen.

Ich kann ganz klar dazu sagen: Ja, wir wollen Einrichtungen privatisieren. Wenn wir Privatisierungserlöse erzielen, dann gehen die in den Schuldenabbau. Ebenso wird es bei den Steuereinnahmen sein. Wenn wir mehr Steuereinnahmen als prognostiziert haben werden, fließen die in den Schuldenabbau. Das ist aus meiner Sicht auch richtig und unausweichlich.

Britta Altenkamp (SPD): Ich würde das nicht, wie Frau Freimuth es gemacht hat, Schwerpunktsetzungen nennen wollen, was Ihre Änderungsanträge betrifft. Soweit ich die Anträge überfliegen konnte – in weiten Teilen beziehe ich mich immer noch auf das, was ich aus der Presse entnehmen konnte –, haben Sie gemeint, Veränderungen, die die Landesregierung im Bereich GTK vorgenommen hat, mindern zu müssen.

Was Sie da gemacht haben, ist völlig unzureichend. Das wissen Sie auch. Sie haben 104 Millionen € aus dem GTK langfristig herausgenommen. Sie haben die Sachkosten langfristig reduziert. Sie wollen beim Elternbeitragsdefizitausgleich langfristig jährlich

84 Millionen € herausnehmen. Dann nutzen natürlich die 23 Millionen €, die Sie in diesen Bereich jetzt wieder durch Ihren sogenannten Aktionsplan hineingeben, rein nichts.

Bei dem anderen Teil dessen, was Sie in das GTK zur Finanzierung hineingegeben haben, handelt es sich um Mittelverbesserungen, die auf handwerklichen Fehlern beruhen. Das eine sind die 7 Millionen €, die Sie hinzufügen, um die Bugwelle abzuarbeiten. Sie hatten schon beim Nachtragshaushalt erzählt, dass Sie das machen würden. Jetzt kommen Sie noch einmal mit 7 Millionen €. Das andere ist – das ist viel fataler –, dass Ihnen offensichtlich im Haushaltsberatungsverfahren aufgefallen sein muss, dass das Kindergartenjahr am 1. August beginnt. Darauf mussten Sie offensichtlich Kommunen aufmerksam machen, dass man einen Elternbeitragsdefizitausgleich nicht mal eben aus dem Stand im Juni oder Juli kürzen kann, sondern dass man das sinnvollerweise, wenn überhaupt, nur zum Beginn des Kindergartenjahres umstellen kann, das heißt zum 1. August. Dazu kann ich nur herzlich gratulieren, weil offensichtlich Ihre Kürzungen so „richtig durchdacht“ gewesen sind, und zwar sowohl die der Landesregierung als auch diejenigen, die Sie im Plenum und im Fachausschuss stundenlang verteidigt haben. Heute kommen Sie zu der Erkenntnis, so prima war das nicht.

Ich habe auch während der Osterferien lesen dürfen, dass insbesondere der FDP in der österlichen Ruhe aufgegangen sein muss, dass das, was das Fachministerium an Kürzungen vorgelegt hat, von vorn bis hinten nicht durchdacht gewesen ist. Dann wird Ihnen heiß und Sie fangen an zu erzählen, daran sei allein der Fachminister schuld. Das sind Koalitionsgeplänkel, die ich ausgesprochen lustig finde. Ich kann immer wieder nur darauf hinweisen. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen kann man genau auf diese Sachverhalte hinweisen. Man muss das zur Kenntnis nehmen, in welcher Art und Weise Sie an solche wichtigen Bereiche wie zum Beispiel das Kindertagesstättengesetz herangehen.

Zur Sprachförderung feiern Sie sich immer, weil Sie die Mittel dafür aufgestockt hätten und dass diese jetzt ganz hervorragend sei. Nur, Frau Freimuth, gerade in Ihrer Argumentation haben Sie von schulischer Sprachförderung geredet. Sie haben aber die Mittel für die vorschulische Sprachförderung aufgestockt. Ob die 17 Millionen €, die Sie dort mittlerweile einsetzen, was ich voll unterstütze und in Ordnung finde, nicht verpuffen, ist die Frage. Es handelt sich jedenfalls um die vorschulische Sprachförderung im Einzelplan 15. Wenn Sie aus dem Einzelplan 15 noch zusätzlich die Schule aufhübschen wollen, dann kriegen Sie eine Revolution mit der Jugendpolitik.

Angela Freimuth (FDP): Ich habe ausdrücklich nicht von schulischer Sprachförderung gesprochen, sondern lediglich gesagt, dass die Thematik der vorschulischen Sprachförderung mit in die Diskussion, die wir im Augenblick im Rahmen der Debatte um die Schulgesetznovelle haben, zum Beispiel, was die Schuleinzugsbezirke angeht, einfließt. Es geht also nicht um die schulische Sprachförderung. Das will ich an dieser Stelle nur präzisieren.

Britta Altenkamp (SPD): Zur vorschulischen Sprachförderung: Was Sie mit den 17 Millionen € dort machen, besteht darin, dass Sie diese Mittel jetzt auflegen. Es gibt aber noch keine klaren Parameter, wer wie Sprachförderung machen soll. Ich kann Sie

nur warnen: Sehen Sie zu, dass Sie mit den 17 Millionen € für die Sprachförderung nicht das Gegenteil von dem Notwendigen erreichen. Unter Umständen versickern diese Mittel, weil dahinter keinerlei erkennbares Konzept steht. Ein solches Konzept gibt es weder vom Fachministerium noch haben wir dazu etwas im Fachausschuss gehört, obwohl mehrfach gefragt worden ist, wie diese Sprachförderung denn aussehen soll. Über die Notwendigkeit einer vorschulischen Sprachförderung gibt es seit der Integrationsoffensive 2001 keinen Dissens. Im Gegenteil, das ist ein Punkt, den wir deutlich unterstützen.

Es gibt keine Verbesserung im Landesjugendplan. Seit gestern sind 178.000 Unterschriften für den Landesjugendplan auf dem Weg. Damit müssen Sie leben. Vor allem Herr Lindner, aber auch viele Kollegen von der CDU müssen damit leben. Sie haben an dieser Stelle klaren Wortbruch begangen. Um in irgendeiner Form den Koalitionsstreit darüber offensichtlich zu vergraben, legen Sie einen Sondertopf „Projekte für Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten“ auf. Obwohl sie als großen Fortschritt der Entbürokratisierung des Landesjugendplans das „Killen“ des Projekttopfes gefeiert haben, legen Sie jetzt einen Projekttopf neben dem Landesjugendplan auf, der dann irgendwann einmalig zur Verfügung steht. Es ist nämlich noch nichts darüber gesagt, ob der die gleiche Fortdauer haben soll wie die 75 Millionen €, die der Landesjugendplan bis 2010 jetzt erhalten soll. Wer sich für die Mittel dieses Topfes bewerben kann und wie, ist überhaupt noch nicht klar. Glauben Sie mir, dieses Pflasterchen wird Ihnen in der Fachszene keiner abnehmen. Auf diese Diskussion freue ich mich schon sehr. Dieses Projekt stellt nämlich noch nicht einmal den Ansatz dafür dar, ein Trostpflasterchen sein zu können.

Worin besteht darin ein Beitrag zur Entbürokratisierung? Es handelt sich doch um ein gesondertes Antragsverfahren, das Sie den Verbänden und öffentlichen Trägern zumuten. Sie meinen, Sie hätten eine Entbürokratisierung für sich in der Landesverwaltung in irgendeiner Form umgesetzt. Die Wahrheit ist: Sie schaffen noch mehr Bürokratie und Antragsverfahren nach unten hin. Sie geben den Aufwand einfach schlicht weiter.

5 Millionen € von dem, was Sie hier an Verbesserungen anbieten, sollen aus dem Einzelplan 15 kommen. Das geschieht dadurch, dass Sie die Mittel für die Migrationsarbeit um 2 Millionen € kürzen und die Mittel für die Regionalstellen „Frau und Beruf“ noch einmal reduzieren.

Ihr Minister läuft durch die Gegend und nennt sich Integrationsminister. Die Wahrheit ist, dass die Migrations- und Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen noch nie über so wenig Mittel verfügte, wie es mit diesem Haushalt 2006 jetzt vorgesehen ist. Das können Sie nicht damit begründen, es gebe weniger Zuwanderer. Sie begründen es damit, man könne die Migrationssozialarbeit reduzieren. Sie wissen aber ganz genau, dass mit der Migrationssozialarbeit die nachholende Integration der Menschen, die bereits schon lange hier leben, finanziert worden ist. Diese Reduzierung bedeutet, Sie wollen letztlich – bei der Sprachförderung ist es etwas anderes – die nachholende Integration, die Integration der Eltern dieser Kinder, bei denen es auch noch Schwierigkeiten gibt, wie wir seit vielen Jahren wissen, einschränken. Wissen Sie eigentlich, was Sie da tun?

Eines ist auch ganz klar: Dieser Minister sollte sich nicht mehr Integrationsminister nennen, weil er das nicht ist. Aus einem Integrationsminister ist ein Desintegrationsminister

geworden, um die Argumentation aufzugreifen, die Sie immer benutzt haben, dass aus der Integrationsoffensive eine Integrationsdefensive geworden ist. Dieser Minister ist kein Integrationsminister mehr; ein Frauenminister ist er sowieso nicht.

Christian Weisbrich (CDU): Der temperamentvolle Vortrag von Frau Altenkamp hat mich an eine Erfahrung aus der Kommunalpolitik erinnert. Ich habe dort einmal gelernt: Bevor man anfängt zu streiten, ist die Feststellung sehr sinnvoll, ob das Geld, über das man redet, anwesend oder abwesend ist. Wenn das Geld anwesend ist, können wir gern streiten, wenn das Geld abwesend ist, lohnt sich dieser Streit eigentlich nicht.

Ich möchte mich mit den Vorschlägen befassen, die Frau Walsken hier auf den Tisch gelegt hat. Zu den von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen Ausgabeerhöhungen über 323 Millionen € könnte ich mir gut vorstellen, dass weit über 200 Millionen € den Gefallen aller in diesem Saal finden würden, wenn denn das Geld anwesend wäre.

Herr Kollege Klein hat sich schon mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb befasst. Was hierzu vorgeschlagen wird, ist doch schlicht und ergreifend, wieder das Eigenkapital des Bau- und Liegenschaftsbetriebes aufzuzehren, nämlich dies praktisch an den Gesellschafter auszuschütten, es sei denn, es würde gelingen, Veräußerungserlöse in diesem Umfang zu erzielen, die aber am Horizont nicht erkennbar sind. Also können wir diese 150 Millionen € erst einmal abhaken. Diese Nummer haben wir oft genug erlebt.

Dann kommt der Punkt, bei den Steuereinnahmen 350 Millionen € mehr zu veranschlagen. Dazu muss ich Folgendes sagen: Es hat in dieser Woche drei Finanznachrichten gegeben, die man in der Wirtschaftspresse nachlesen konnte und die man bestimmt in den Abwägungsprozess einbeziehen muss, wenn man darüber reden will, ob dem Finanzminister anzuraten sei, die Steuereinnahmen um 350 Millionen € höher zu veranschlagen.

Das Erste war die Veröffentlichung der Zahlen der Steuereinnahmen in Nordrhein-Westfalen im ersten Quartal dieses Jahres. Es hat einen deutlichen Zuwachs bei den Landessteuern gegeben, aber ein leichtes Minus bei den Gemeinschaftsteuern. Wie wir wissen, machen den großen Anteil der Einnahmen die Gemeinschaftsteuern aus. Zeitgleich ist veröffentlicht worden, dass die Einnahmen aus Gemeinschaftsteuern auf Bundesebene um 7 % erheblich gestiegen sind, dabei sind die Lohnsteuern um 1,5 % und die Umsatzsteuer um 1,6 % gestiegen, sodass insgesamt hinter dem hohen bundesweiten Anstieg von 7 % bei den Gemeinschaftsteuern ein exorbitanter Anstieg der gewinnabhängigen Steuern gestanden hat. In Nordrhein-Westfalen gibt es aber eine totale Fehlanzeige. Das macht es notwendig, dem Finanzminister den Rat zu geben, hier nicht leichtfertig von mehr Steuereinnahmen zu träumen, weil die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen offenbar von der Entwicklung im Bund abweicht.

Die nächsten beiden Nachrichten besagen Folgendes: Es ist heute die Prognose der Wirtschaftsweisen für die wirtschaftliche Entwicklung veröffentlicht worden, die zugegebenermaßen gut aussieht. Aber es kommt sofort ein zweiter Satz, wie ich zumindest heute früh in der Überschrift im „Handelsblatt“ gelesen habe: Es wird mit einem erheblichen Dämpfer für 2007 gerechnet. Das heißt also, auch da müssen wir sehr vorsichtig bleiben.

Eine dritte Nachricht konnten wir heute auch in der Wirtschaftspresse lesen. Danach macht sich die Europäische Zentralbank nun ernsthaft daran, die Zinssätze zu erhöhen. Wenn das passiert, müssen wir ziemlich vorsichtig sein. Eine Zinserhöhung um einen Prozentpunkt bedeutet nämlich für uns einen jährlichen Mehraufwand von über einer Milliarde Euro. Das heißt also, selbst wenn es aufgrund der veränderten Wirtschaftspolitik in Bund und Land tatsächlich zu höheren Steuereinnahmen kommen würde, was ich mir in unser aller Interesse sehr wünsche, müssen wir mit dem anderen Auge auf die Europäische Zentralbank sehen und uns rechtzeitig auf einen Zinsanstieg einstellen. Dieser Zinsanstieg schlägt sicherlich nicht sofort bei uns im Landeshaushalt durch, sondern mit einer zeitlichen Verzögerung, weil ja bestehende Kreditverträge davon nicht betroffen sind. Aber hinterher kommt es dann umso schlimmer.

Wenn man diese ergänzenden Daten mit ins Kalkül zieht, dann ist der Finanzminister verdammt gut beraten, wenn er die Steuereinnahmen nur in dem Umfang veranschlagt, wie er das vorgenommen hat. In den letzten Jahren – das können wir seit dem Jahr 2000 lückenlos nachverfolgen – hat sich das Land in der Regel um fast zwei Milliarden Euro zu seinen Gunsten vertan. Dazu muss man noch sagen – Frau Walsken hat vorhin gesagt, das sei bei anderen Ländern auch geschehen –, dass diese Fehleinschätzungen sicherlich am System der Steuerschätzung gelegen haben. Was man nämlich in das System der Steuerschätzung vorne nicht eingibt, kann hinten nicht herauskommen.

Wenn ich als Bundesregierung permanent der Steuerschätzkommission falsche Prognosedaten vorgegeben und diese Kommission gezwungen habe, mit Wirtschaftswachstumsraten zu rechnen, die jenseits von gut und böse waren, dann brauche ich mich nicht zu wundern, wenn solche Ergebnisse zustande kommen. In der Öffentlichkeit entsteht ja immer der Eindruck: Steuerlöcher, Steuerausfälle, es kommen weniger Steuern ein, die bösen Unternehmer oder die Besserverdienenden zahlen keine Steuern mehr. Das ist ja alles Quatsch. Es sind nicht Steuermindereinnahmen in absoluten Zahlen, sondern es sind falsche Schätzungen, die uns in das Dilemma gebracht haben, in dem wir heute stecken. Es kommt nun wirklich darauf an, dass der Staat sich endlich einmal angewöhnt, nicht mehr zu versprechen, als er auch tatsächlich halten kann.

Von den von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen 585 Millionen € Einnahmeverbesserungen sind weit über 500 Millionen € Luftnummern, die man nicht ernsthaft ansetzen kann. Damit können wir aber Ihre Vorschläge zu Titeln, wo Sie mehr Geld ausgeben wollen, von denen ich einen großen Teil sympathisch finde, nicht decken. Wenn man keine Deckung hat, muss man solche Ausgabenerhöhungen lassen und den Gürtel enger schnallen.

Frau Altenkamp, ich will jetzt nicht in die Detaildebatte über das GTK etc. einsteigen, aber eines sollten Sie wissen: Wir bemühen uns intensiv, dieses ganze Rechtsgebiet neu zu strukturieren, neu zu ordnen und das Finanzierungssystem umzustellen. Wir laufen nämlich in eine Situation, wo wir immer weniger Kinder haben. Wenn die Kindergartenerweiterung aber weiter nach Gruppen erfolgt, dann werden wir eines Tages volle und ziemlich leere Gruppen gleichmäßig fördern. Das ist wohl nicht ganz das Richtige. Wir sollten versuchen, gemeinsam ein der Sache angemessenes System für die Zukunft zu entwickeln.

Jetzt noch ein paar Bemerkungen zu Ihrem Vortrag, Herr Sagel: Sie haben als Deckungsvorschläge drei zentrale Elemente. Das eine Element, bei dem es um die Veränderungen im Gemeindefinanzierungsgesetz geht, haben wir heute früh schon abgehandelt. Die Vertreter des Finanzministeriums haben Ihnen dazu gesagt: Wenn alle Ihre Anträge umgesetzt würden, fehlten aufgrund Ihrer Fehleinschätzung bei der Kalkulation 260 Millionen €.

Dann kommen zwei weitere Punkte hinzu: Sie haben die Betriebsprüfer beim Finanzamt angesprochen, die zusätzlich eingestellt würden. Die sind aber im Entwurf des Finanzministers schon „eingepreist“, weil dieser selbst davon ausgeht, dass wir in diesem Jahr 300 neue Betriebsprüfer einstellen. Ein erheblicher Anteil ist schon eingestellt, und der Rest wird bis zum Herbst eingestellt werden. Darüber haben wir auch schon im Unterausschuss „Personal“ diskutiert. Über diesen Weg sind keine zusätzlichen Einnahmen zu erzielen, weil die schon beim Haushaltsentwurf berücksichtigt worden sind. Somit fehlen Ihnen noch einmal 120 Millionen €, die Sie angesetzt haben.

Dann kommen Ihre 226 Millionen €, die Sie aus der Steinkohleabrechnung zusätzlich einnehmen wollen. Ich wäre wirklich glücklich, wenn uns das gelingen würde. Aber wir haben gemeinsam – auch Ihre Fraktion – immer in diesem Hause die Linie vertreten – der FDP ist das bisweilen an dieser speziellen Stelle ganz schwer gefallen –: Verträge sind einzuhalten. Wir haben ja die Abrechnungsmodalitäten nicht beschlossen. Sie haben mit Ihrem früheren Koalitionspartner in Berlin für die Abrechnungsjahre ab 2006 bis 2008 eine Regelung beschlossen, die Sie hier vehement unterstützt und übernommen haben, die vorsieht, dass für die Zahlungen nach Auslauf des Kohlekompromisses von 1997, also ab 2006, die Abrechnung zeitnah im Jahr 2007 erfolgt.

Wir können also im Jahr 2006 keinerlei Verbesserungen veranschlagen, weil die erst 2007 abgerechnet werden, und ich kann nach dem Jährlichkeitsprinzip nicht etwas in 2006 veranschlagen, was erst 2007 anfallen wird.

Dann bleibt also die Abrechnung des noch offenen Jahres 2005, die nach den alten Richtlinien erfolgen muss.

Da darf ich mit Erlaubnis der Vorsitzenden etwas aus der Zusammenfassung des Berichts des Bundesrechnungshofs – das hat uns ja alle gewaltig geärgert; ich glaube, es war sogar Ihre Fraktion in Berlin, die beantragt hat, dass der Bundesrechnungshof diesen Sachverhalt einmal überprüft – einmal zitieren:

Die in den vergangenen Jahren tendenziell gestiegenen Drittlandskohlepreise führten nicht zu einer Verringerung der Beihilfen, da die Produktionskosten ebenfalls anstiegen. Zudem beeinflussen andere zuschussrelevante Parameter wie die Höhe der Stilllegungsaufwendungen und die Erlöse der Bergbauunternehmen aus dem Absatz der Steinkohle die Zuschussfestsetzung. Mit einer Neufassung der Kohlerichtlinien für die Jahre 2006 bis 2008 will das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit sicherstellen, dass der veränderte Auszahlungsmodus zu einer unmittelbaren Berücksichtigung höherer Weltmarktpreise beitragen und die Endabrechnung künftig beschleunigen wird.

Er sagt weiter:

Anders als vom Bundesministerium dargestellt widerlegt die Entwicklung der Steinkohlebeihilfen die Erwartung, dass steigende Weltmarktpreise den Zuschussbedarf unmittelbar verringern.

Das ist die Situation, in der wir uns in diesem Abrechnungsjahr befinden. Die Daten werden bis Mitte des Jahres vorgelegt, und dann wird über die Abrechnung diskutiert werden. Aber eines steht jetzt schon fest: Wir hatten im vorigen Jahr auch schon relativ hohe Weltmarktpreise für Kohle, die mittlerweile schon wieder zurückgegangen sind. Das hat insgesamt einen Erstattungsanspruch des Bundes gegenüber der subventionsempfangenden Stelle, also der RAG/DSK, in Höhe von etwa 19 Millionen € ausgelöst. Davon sind 4 Millionen € auf das Land Nordrhein-Westfalen entfallen.

Ich fürchte, bei den Abrechnungen für das Jahr 2005 wird es nicht signifikant anders aussehen. Das tut mir ausgesprochen Leid. Ich hoffe, dass wir da sehr viel mehr bekommen, aber es ist unrealistisch, das anzusetzen. Insofern kann man dem Finanzminister auch nicht empfehlen, 226 Millionen € aus Abrechnungsverbesserungen in den Haushalt einzustellen und die dann auszugeben. Die Ausgaben sind real; die passieren sofort, aber die Einnahmen passieren nicht. Und das ist Ihre Luftnummernpolitik, die uns in das Elend geführt hat, in dem wir uns heute befinden.

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Zu den Inhalten, die uns hier vielleicht noch ein bisschen beschäftigen werden: Wir behalten uns natürlich auch noch vor, zur Plenarsitzung Anträge einzubringen, die eventuelle Änderungen, die in den nächsten zwei, drei Wochen auf uns zukommen, berücksichtigen. Das Thema Steuern und Einnahmen ist da natürlich ein wichtiges Thema. Wir sind auf die Steuerschätzung gespannt und darauf, was sie an konkreten Auswirkungen bringen wird. Was zumindest einige hier angeht, sind wir uns an der Stelle offensichtlich einig. Auch nach unserer Auffassung sollten Steuerermehreinnahmen zur Haushaltskonsolidierung verwandt werden, wie auch andere Dinge, die zur Verbesserung des Haushalts beitragen, was Sie die ganze Zeit immer betont haben.

Allerdings haben Sie da auch schon wieder die Politik gemacht „Versprochen – gebrochen“; denn Sie haben die 25 Millionen € aus dem Länderfinanzausgleich schon wieder verfrühstückt, also für Ihre Haushaltsverbesserungen verwandt, und eben nicht der Haushaltskonsolidierung zugeführt. Auch da sind Sie wieder unglaubwürdig, da Sie hier die ganze Zeit getönt haben: Alles, was da an Haushaltsverbesserung kommt, wird der Konsolidierung zugeführt. – Da ist schon wieder Inkonsequenz auf Ihrer Seite.

Was den BLB angeht: Manchmal fragt man sich, warum die Berichterstattergespräche überhaupt noch stattfinden. Wir haben dort nachgefragt, aber genau das Gegenteil von dem, was Sie real hier machen, ist behauptet worden, nämlich dass es möglich ist, dort tatsächlich die entsprechenden Summen umzusetzen. Das ist dort genau beschrieben worden. Der Kollege Becker war da und hat die Frage gestellt. Und jetzt ist genau das Gegenteil gemacht worden. Sollen wir da hinters Licht geführt werden? Herr Klein, Wir sollten als Parlamentarier darüber noch einmal drüber reden: Wenn die Berichterstattergespräche in der Form hier laufen, finde ich das einfach unsäglich.

(Horst Becker [GRÜNE]: Das steht im Protokoll des Berichterstattergesprächs!)

– Das ist vor drei Wochen gewesen. Da wird uns genau das Gegenteil erzählt. Jetzt auf einmal geht es, alles ist überhaupt kein Problem, und Sie verfrühstücken es direkt. Das ist hier die Realität. Das ist wirklich ein Beispiel für unseriöse Politik.

Steuereinnahmen hin – Steuereinnahmen her: Wir haben es bei den Bundesländern immer wieder erlebt. Es galt für alle, dass die Zahlen falsch waren. Herr Weisbrich, Sie waren auch in der Bundesregierung, auch damals waren die Steuerschätzungen anders, als sie vorher angesetzt worden sind.

Das nächste Thema, das Sie auch angesprochen haben, ist der Punkt Kohlepolitik. Beim Kohlekompromiss von 1997 war ja auch noch die FDP dabei, die jetzt wieder damit nichts zu tun haben will. Die Politik geht aber kontinuierlich weiter. Diese Politik wird ja fortgesetzt. Ich meine, es ist möglich, wenn tatsächlich der Weltmarktpreis steigt, zumindest diese Rückforderungen zu bekommen und daran zu partizipieren.

Ich habe auch einmal bei der Ruhrkohle gearbeitet, und man weiß ja, wie Herr Müller arbeitet. Glauben Sie alles, was Sie da gerade vorgelesen haben? Woher haben die das denn? Die haben es doch von der RAG. Glauben Sie alles, was Ihnen da erzählt wird? Ich bitte Sie! Es gibt keine Lobby, die so gut organisiert wie die Steinkohle.

(Christian Weisbrich [CDU]: Da gebe ich Ihnen Recht!)

Es gibt keine einzige Lobby in Deutschland, die das so wunderbar hinbekommt und es schafft, aus dem Landeshaushalt 570 Millionen € herauszuziehen und aus dem Bundeshaushalts noch einmal 2,5 Milliarden €. Das ist die Realität.

Dann müssen Sie sich hier hinstellen und in der Sache Druck machen. Das wurde auch in der Vergangenheit gemacht, auch im Haushaltskontrollausschuss. Die 8 Millionen € Öffentlichkeitsarbeit haben Sie aber nicht thematisiert. Wir haben dafür gesorgt, dass dieses Geld zurückkommt. Das war doch unser Verdienst.

Man sollte da also den Druck weiter erhöhen; doch offensichtlich ist jetzt die Luft raus. Die FDP ist mit den Parteispenden ja auch eingekauft worden. Da sieht man doch, wie es läuft.

(Widerspruch bei der FDP – Angela Freimuth [FDP]: Ich bitte Sie, diese Behauptung zurückzunehmen!)

– Nein, davon habe ich überhaupt nichts zurückzunehmen. Ich nehme es zurück, wenn Sie die Summe zurückzahlen. Aber das tun Sie ja nicht. Sie wollen das Geld ja behalten. Geben Sie es zurück, dann nehme ich auch die Behauptung zurück!

(Angela Freimuth [FDP]: Herr Sagel, ich verahre mich gegen einen solchen Vorwurf!)

– Sie können sich verahren, wie Sie lustig sind. Real ist es so: Sie haben die Spende kassiert, und jetzt wollen Sie sie nicht zurückgeben.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Das ist eine Unverschämtheit! – Weitere Zurufe von der FDP)

Vorsitzende Anke Brunn: Herr Kollege Sagel, Sie haben das Wort, aber ich halte nichts davon, hier über Wortprotokolle Nebenkriegsschauplätze aufzumachen.

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Das habe ich gesagt, und dazu stehe ich auch. Das muss auch ins Wortprotokoll, weil ich es gesagt habe. Davon habe ich überhaupt nichts zurückzunehmen. Von daher: Das ist die Realität. Dass man sie nicht wahrhaben will, ist nun manchmal so.

Ihre Haushaltsverbesserungen von 48 Millionen €, die Sie jetzt gemacht haben, betragen lediglich ein Promille. Ich kann daher dem Finanzminister nur noch einmal gratulieren. Herr Linssen hat sich da super durchgesetzt. Er ist wirklich der einzig starke Mann hier – im Gegensatz zu allen anderen, die hier als Bettvorleger gelandet sind.

Die Änderungen, die Sie im Haushalt gemacht haben, haben Sie ihm ja auch noch zu verdanken, weil er uns beim Berichterstattergespräch ausgetrickst hat, indem uns da zum Teil falsche Dinge erzählt worden sind. Sie finanzieren damit Ihre Änderungen im Haushalt. Wunderbar! Da kann ich nur sagen: Weiter so! Wir werden das jedenfalls auch weiter kritisieren.

Auch der Länderfinanzausgleich ist letztlich nur eine spekulative Geschichte; denn wir wissen noch nicht, wie er tatsächlich ausfällt. Ich bin sehr darauf gespannt, wie die Steuereinnahmesituation tatsächlich sein wird.

An der Stelle, Herr Weisbrich, treffen wir uns dann tatsächlich einmal. Ich sage auch: Die Steuermehreinnahmen muss man zur Haushaltskonsolidierung verwenden. Wir werden noch ein großes Zinsproblem kriegen. Und ich befürchte auch, dass 2007 die wirtschaftliche Entwicklung noch wesentlich miserabler aussehen wird, als sie sowieso schon aussieht.

Da sage ich Ihnen als der große Wirtschaftspolitiker, der Sie in der Vergangenheit immer gewesen sind: Ich bin sehr gespannt, wie die wirtschaftliche Entwicklung und Prosperität in Nordrhein-Westfalen von Ihnen vorangebracht wird. Ich kann da bisher überhaupt nichts erkennen. Sie subventionieren die Kohle weiter. Sie nehmen das Geld aus dem Technologie- und Innovationsprogramm; dort haben Sie massiv gekürzt. Das heißt, alles, was Zukunftsförderung angeht, ist weggehauen worden, übrigens mit dem FDP-Minister an der Spitze. Das ist die Politik, die Sie hier machen.

Wenn die Zinsen tatsächlich in die Höhe gehen – da teile ich Ihre Befürchtung; ein halbes Prozent bedeuteten 500 Millionen € –, dann sehen wir hier ganz alt aus. Da wird Ihr großer Finanzminister auch ein Riesenproblem bekommen.

Hans-Willi Körfges (SPD): Wir sind so ein bisschen vom engeren Haushaltsthema abgekommen. Haben Sie bitte Verständnis dafür, dass wir uns an der Diskussion der Frage, wie man seine Haltung zur Steinkohle im Verlaufe der Jahre wie angepasst hat, und daran, nach Erklärungsversuchen für vergangenes, gegenwärtiges oder zukünftiges Verhalten zu suchen, nicht beteiligen. Wir sind stolz darauf, verlässlicher Partner der Steinkohle zu sein, und stehen zu dem – unabhängig von Zuwendungen und anderem –, was wir politisch zugesagt haben. Das ist eine Vorbemerkung.

Ich habe mich wegen der Frage, wie man mit dem spannenden Verhältnis zwischen möglichen Einnahmen, sicher zu erwartenden Einnahmen und Haushaltsveranschlagungen umgeht, zu Wort gemeldet und will mir allerdings auch einen kleinen Schlenker auf die Vergangenheit erlauben.

Kollege Weisbrich hat eben wieder einmal den Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ verdächtigt, eine sozialdemokratische Vorfeldorganisation zu sein. Ich kann nur ganz deutlich sagen: Ich weiß, wie der arbeitet und zusammengesetzt ist. Ich bin sehr sicher, dass da Parteipolitik eine eher untergeordnete Rolle spielt, denn daran sind Landesregierungen und die Wirtschaft beteiligt. Diese pauschal in Verdacht zu setzen, Gefälligkeitseinschätzungen abzugeben, Herr Kollege Weisbrich, ist angesichts Ihrer parlamentarischen Erfahrungen ein bisschen billig, und damit sollten Sie vielleicht einmal aufhören.

(Christian Weisbrich [CDU]: Das habe ich nie gemacht!)

Zum nächsten Punkt, der auch spannend ist. Vieles von dem, was Sie gesagt haben, kann ich voll unterstreichen. Wir haben Erfreuliches – das ist auch eine Frage an den Finanzminister – bei den Steuereinnahmen zu berichten gehabt. Wenn ich mich richtig erinnere, haben wir allerdings auf Nachfrage vom Ministerium gehört, dass ein Sondereffekt im Januar, der die erfreuliche Tendenz in einer optischen Darstellung ein bisschen abmildert, eingetreten ist. Es ist bezeichnend, wie mit der Sache seitens der Mehrheit umgegangen wird. Gerade auf diesen Januareffekt hat Kollege Weisbrich ganz offensichtlich Bezug genommen hat und zum Bruttoinlandsprodukt etwas gesagt. Die Zahlen sind ganz frisch.

Wenn man das berechnet, kommt man zu einem Betrag, den wir hier eben genannt haben. Ich gebe zu, man kann sich trefflich darüber streiten, wie man dann mit den sicher zu veranschlagenden Mehreinnahmen umgeht. Die Frage Schuldenabbau ist eine ernsthafte und seriöse Veranstaltung; darüber kann ich gerne mit Ihnen diskutieren.

Wer aber einfach nicht zur Kenntnis nimmt, dass die Entwicklung da ist, dass wir mit einer sehr hohen Prognosesicherheit davon ausgehen können, dass wir die Mehreinnahmen erzielen und sie deshalb nicht in den Haushalt stecken, um „schlimme Verwendungen“, die unter Umständen durch parlamentarische Diskussionen dann zustande kommen können, zu verhindern, verstößt ganz eindeutig gegen den Grundsatz von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit.

Es ist unbestritten: Man kann über die Verwendung des Geldes reden, aber etatisieren müssen wir es. Und dann gehört es in den Haushalt hinein. Das ist der Punkt, über den wir offensichtlich ein bisschen Konsens haben.

Das betrifft genauso die Frage, was denn 2007 ist. Sicherlich kann man auch bezogen auf Zinsentwicklung für 2007 eine Prognose abgeben. Aber das ändert nichts daran, dass wir Einnahmeerwartungen, die für 2006 sicher sind, dann etatisieren müssen. Daran können wir auch nichts mit gegenläufigen Prognosen für 2007 ändern.

Von daher ist es ein interessanter, aber erkennbar gescheiterter Versuch, dass Sie jetzt vorhersehbare Einnahmen einfach nicht etatisieren nach dem Motto: Wenn wir nicht darüber reden, kommt schon keiner auf dumme Gedanken. Das ist nicht die Art und Weise, wie man seriös Haushaltsberatungen zu betreiben hat.

Gisela Walsken (SPD): Das fügt sich nahtlos daran an. Kollege Weisbrich hatte sich dankenswerterweise noch einmal mit unseren guten Deckungsvorschlägen auseinandergesetzt. Ich wollte das Thema BLB noch etwas näher beleuchten, weil ich diesbezüglich

nicht so das Verständnis habe, warum man vor den Zahlen die Augen zumacht. Das ist insbesondere deshalb interessant ist, weil beide Koalitionsfraktionen, was ihre Deckung betrifft, das Thema BLB an keiner Stelle ziehen. Parallel dazu bietet aber der Betrieb, was seine wirtschaftliche Lage betrifft, auch keinerlei Anlass zur Sorge.

Ich habe mir noch einmal die Mühe gemacht, das alles zusammenzustellen, und noch einmal die Zahlen der letzten Jahre – ich nehme nur zwei, drei – in Vergleich gesetzt.

Kollege Weisbrich, der BLB zahlt Zinsen und zahlt entsprechend eine Tilgung an den Landeshaushalt – das nur zur Erinnerung –, und die Zinszahlungen lagen in den letzten Jahren in einer Größenordnung von unverändert rund 550 Millionen €. Sie setzen sie selber mit 557 Millionen € an.

Erklären Sie mir aber einmal, warum Sie die Tilgungsrückflüsse, die ohne Schwierigkeiten aus dem BLB zuletzt noch in 2004 mit über 170 Millionen € erfolgt sind, ohne Not aussetzen und ohne Not den Haushaltsansatz von rund 266 Millionen €, den es für 2005 aus dem Doppelhaushalt gab, um 230 Millionen € reduzieren! Wenn das keine Anlage einer klassischen Spardose ist, dann müssen Sie mir das erklären; denn weder der BLB hat bei Aufstellung des Haushalts 2005 Bedenken angemeldet, noch gibt es irgendein Signal aus diesem Betrieb, dass der BLB nicht in der Lage ist, das zu leisten. Ich weiß, wovon ich rede, weil ich in den Gremien sitze. Es gab kein einziges Signal in die Richtung.

Daher möchte ich von Ihnen gerne hören, warum Sie uns denn hier vorgaukeln, dass es dem Betrieb so schlecht ginge, dass er nicht einmal in der Lage wäre, einen Betrag von 150 Millionen €, der seriös kalkuliert deutlich unter dem liegt, was 2004 erbracht worden ist, zu erbringen. Diese Erklärung bleiben Sie hier schuldig. Das zeigt ganz deutlich, dass dieser Haushalt nur ein künstlicher Sparhaushalt ist. Er ist letzten Endes ein Umverteilungshaushalt, und er lässt an dieser Stelle bewusst einen Zufluss, der aus dem Betrieb möglich ist, in den Haushalt außer Acht.

Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, das sei alles unseriös, müssten Sie sich seriöserweise doch einmal mit den Zahlen auseinander setzen. Bis heute fehlt mir die Erklärung, warum man willkürlich diesen Rückflussansatz um 230 Millionen € reduziert.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM): Dies ist ja eigentlich die Stunde des Parlamentes. Deshalb will ich mich auch nur auf ein paar Punkte beschränken, von denen ich glaube, dass ich sie zum Teil richtig stellen oder erklären muss.

Ich darf mit dem Kollegen Sagel anfangen. Er hat davon gesprochen, dass die Regierungsfractionen einem Diktat des Finanzministers unterlegen seien. Ich lege schon Wert darauf, dass offensichtlich die diese Regierung tragenden Fraktionen erkannt haben, dass das Ziel der Konsolidierung dieses Haushaltes ein so hohes Ziel ist, dass sie eben nur in geringfügigem Maße diesen Haushalt verändert haben.

Das können Sie im Interesse der nachwachsenden Generation eigentlich nur begrüßen. Ich bin der Fraktion ausgesprochen dankbar, dass sie diese Haltung von Anfang an bis jetzt durchgehalten hat.

Sie sagen, wir würden die Schulden in unerträglichem Ausmaß vermehren; Sie haben ja die Hochrechnung bis 2010 vorgenommen. Herr Kollege Sagel, ich bitte Sie, sich für irgendeine Haltung zu entscheiden. Entweder vermehren wir die Schulden bis zum Geht-nicht-mehr oder wir sparen uns kaputt. Irgendwie passt das nicht ganz zusammen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich für eine klare Haltung entscheiden könnten. Ich bin Ihnen allerdings dankbar dafür, dass Sie – Sie haben ja warnend auf die Verhältnisse des Jahres 2007 hingewiesen – offensichtlich dann mit einer Politik, die eventuelle Steuermehreinnahmen für die Rückführung der Nettoneuverschuldung einsetzt, einverstanden sind.

Ich lege Wert darauf, dass beim Berichterstattergespräch, das Sie angeführt haben, zum BLB nicht eine Frage gestellt worden ist. Auch aus dem Protokoll – am 22. März ist die Vorlage an Sie gegangen – ist ersichtlich, dass in dem Berichterstattergespräch keine Frage zum BLB gestellt worden ist. Insofern sollten Sie das auch nicht aufrechterhalten.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Ich habe es schriftlich!)

– Ich weiß von den zuständigen Mitarbeitern des Ministeriums, dass keine Frage gestellt worden ist.

Zur Steinkohle ist Ausreichendes gesagt worden. Vielleicht können wir uns darauf einigen, dass Sie in Ihrer Regierungszeit zumindest für den Modus der Abrechnung mit gesorgt haben und wir deshalb erst ab 2007 hoffentlich in der Lage sein werden, bestimmte Beträge in den Haushalt einzustellen. Darauf legen wir sicherlich alle gemeinsam großen Wert.

Frau Freimuth hatte in einer Nebenbemerkung erklärt, dass der Finanzminister zunächst eine höhere Verschuldung geplant hätte.

(Angela Freimuth [FDP]: Nicht der Finanzminister, sondern die Regierung!)

– Oder die Regierung. – Ich habe in einem Interview gesagt, dass ich eine Nettoneuverschuldung in Höhe von ca. 6 Milliarden € – das können 5,9 Milliarden € oder auch 6,1 Milliarden € sein – anstrebe. Es gibt sonst keine Äußerung von mir. Selbstverständlich hat diese Regierung den Haushalt mit 5,89 Milliarden € eingebracht, und so ist er vom Kabinettsrat akzeptiert worden.

Herr Körfges hat sich unter anderem mit dem Steuer-Mehr beschäftigt und von den Steuerschätzungen gesprochen. Es kann sein, dass Sie schon die Steuerschätzung von Anfang Mai kennen; ich kenne sie nicht. Ich hoffe, dass sie so ausfällt, wie Sie sie hier vorgetragen haben. Sie können sicher sein, dass die in Ihrem Antrag enthaltenen 350 Millionen € – es steht dort, dass ein ehrlicher Kaufmann das etatisieren würde –, wenn es in dieser Zeit für NRW seriös zu schätzen ist, etatisiert werden. Der Unterschied zu Ihnen ist dann nur, dass Sie einen Teil für Haushaltsverbesserungen und die Koalition und die Regierung diesen Betrag voll zur Rückführung der Nettoneuverschuldung einsetzen möchten.

Ich werde sicherlich auf volles Einverständnis der Kollegin Walsken treffen, die immer wieder anmahnt, dies sei kein Sparhaushalt, sondern ein Umverteilungshaushalt. Wenn

eine Senkung der Nettoneuverschuldung von 6,7 Milliarden € im letzten Jahr auf jetzt 5,89 Milliarden € keine Einsparung ist, dann weiß ich es nicht. Sie können natürlich noch zehn Mal versuchen, den Eindruck zu erwecken, dass wir Umverteilungen in Richtung Landwirtschaftskammer vornehmen. Wir antworten dann immer wieder mit der gleichen Bemerkung zu dem Gutachten, das Sie in Auftrag gegeben haben.

Ich mache darauf aufmerksam, dass mit diesem Haushalt die Kleinen die Gewinner sind, weil wir versuchen, in den nächsten Jahren die Verschuldung auf ein der Verfassung entsprechendes Maß zu reduzieren. Es wäre gut, wenn Sie uns in dieser Hinsicht voll unterstützen würden.

Ich komme zu den Ausführungen von Frau Walsken und Frau Altenkamp zum GTK-Bereich und zum Landesjugendplan. Ich ärgere mich, wenn sich viele bewusst daran beteiligen, immer wieder darzustellen, dass die Kürzungen 104 Millionen € in dem GTK-Bereich ausmachen würden. Ich möchte Ihnen noch einmal die Zahlen vorführen.

Sie wissen, dass im letzten Jahr im zweiten Nachtragshaushalt 54 Millionen € Bugwelle finanziert werden mussten, weil die alte Regierung, wissend, was da passierte, von 2000 an auflaufend nie genügend Geld im Haushalt hatte für den Bereich und deshalb diese Bugwelle entstanden ist. Es ist schwierig, bei der Art von Gesetz nicht nachträglich noch Anforderungen zu bekommen. Wenn Sie sich einmal den Paragraphen zur Gruppenstärke durchlesen, dann stellen Sie fest, wodurch so etwas verursacht wird. Das lag aber in Ihrer Verantwortung.

Deshalb ist diese Bugwelle von uns in einer Sonderfinanzierung zum zweiten Nachtragshaushalt gemacht worden. Sie müssen also von den 104 Millionen € 54 Millionen € abziehen. Dann sind Sie bei einem echten Minus von 50 Millionen €. Wenn Sie sehen, dass 42 Millionen € durch den Elternbeitragsausgleich erklärt wurden, von dem wir jetzt 7 Millionen € wieder herunternehmen, und 8 Millionen € eine geringere Anforderung des Hauses waren, dann stellen Sie fest, dass jetzt sage und schreibe 35 Millionen € übrig bleiben. Jetzt geben die Fraktionen 40 Millionen € drauf. In diesem Bereich davon zu sprechen ...

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

– Sie vertrauen natürlich darauf, dass das alles schwer herüberzubringen ist. Deshalb werden Sie sicherlich auch in Zukunft so verfahren. Aber an den Zahlen kann man erkennen, dass meine Rechnung stimmt.

Bezüglich des Landesjugendplans wäre es natürlich schön, wenn der Landtag insgesamt sein Versprechen einhalten würde. Ich weiß, dass es in der Opposition immer leichter fällt, einen Ansatz um 21 Millionen € zu erhöhen. Wir sind lange genug in der Opposition gewesen, um zu wissen, wie man dort arbeitet. Es gibt einen Bereich, der besser gestellt ist, nämlich der schulische Bereich, und einen Bereich, der nach den jetzigen Berechnungen gleich bleibt, nämlich der GTK-Bereich und der Landesjugendplan. Bei den meisten Bereichen haben wir zum Teil schmerzhaft Kürzungen vornehmen müssen. Sie können nicht beides: Sie können nicht beklagen, dass man mit diesem Haushalt zu viele Schulden macht, und gleichzeitig erklären, dass alles ganz furchtbar ist, was wir hier machen. Es ist nicht anders zu bekommen. Die Verantwortung für dieses Land und die nachfolgende Generation verlangt das.

Harald Schartau (SPD): Den heute Kleinen in Nordrhein-Westfalen ist der ausgeglichene Haushalt von morgen dann relativ egal, wenn sie heute darunter leiden müssen. Dem Migrantenkind von heute, dem durch die Rücknahme von Mitteln im Bereich der Sozialarbeit die Integration erschwert wird, wird der zukünftig ausgeglichene Haushalt relativ egal sein. Bei der Frage, ob Sie auf dieser einfachen Schiene Politik machen können, wird Ihnen die Realität einen Streich spielen. Das Auftauchen von Problemen und die Notwendigkeit von Gestaltung entziehen sich manchmal der Haushaltslogik. Die Bevölkerung wird das Zurückführen von Schulden nur dann akzeptieren, wenn dadurch nicht eine Problemlast erzeugt wird, die sie in die Zukunft mitnimmt.

Deshalb rate ich dringend, eine politische Korrektur vorzunehmen. Sie werden nie in der wunderschönen Lage sein, dass sich die Konjunktur dem Haushalt unterordnet. Wenn Sie eine lange Phase von wirtschaftlichem Stillstand haben und gleichzeitig die notwendigen Ausgaben des Landes tätigen müssen, dann werden Sie unter Umständen nicht daran vorbeikommen, Schulden zu machen. Deshalb verwahre ich mich ganz entschieden dagegen, dass das Schuldenmachen in der Politik an sich als Teufelszeug angesehen wird.

Wenn hier ein Haushälter das Land mit einem Bankenbetrieb vergleicht, dann kann ich ihm nur raten, wieder als Angestellter zu einer Bank zu gehen, anstatt politische Gestaltungen in einem Parlament vorzunehmen. Die Grenzen dafür sind eng, denn Sie müssen in der Bevölkerung eine Akzeptanz dafür haben, dass Sie über das zur Verfügung stehende Geld hinaus Geld ausgeben zur Bewältigung von Problemen, die die Bevölkerung als solche ansieht. Wenn Sie das machen, dann werden Sie auf Dauer, vielleicht sogar 40 Jahre lang, immer wieder gewählt werden, weil die Bevölkerung das für richtig hält. Sie werden an ganz entscheidenden Faktoren merken, dass Sie im Laufe Ihrer wahrscheinlich nur kurzen Regierungszeit Entwicklungen bewältigen müssen, die sich nicht unbedingt Ihrem Sparziel unterordnen. Die demographische Entwicklung fragt nicht danach, wie viele Mittel zur Verfügung stehen. Solche und ähnliche Fragen werden Sie in der Politik bewältigen müssen. Sie werden auch zu Schulden stehen müssen, wenn Sie sie politisch rechtfertigen können.

Darüber hinaus ist die Frage angesprochen worden, ob es seriös oder unseriös sei, in dieser Zeit zur Deckung des Haushalts Steuernehreinnahmen zu beschließen. Ihre Aussage, Herr Linssen, dass in der zweiten Ergänzung Steuernehreinnahmen, falls diese nach der Steuerschätzung zu erwarten sind, zu 100 % zur Schuldenminderung eingesetzt werden, ist angekommen. Aber aus unserer Sicht muss auch beim Schuldenabbau, wenn man es als politisches Ziel verfolgt, gesehen werden, ob das, was man vorne aufbauen will, nicht hinten zerstört wird. Deshalb ist unser Umgang mit erwarteten Steuernehreinnahmen eher moderat. Dass wir einen Teil für die Schuldenminderung einsetzen, zeigt, dass wir uns zumindest hinsichtlich der Absicht nicht unterscheiden. Ich finde deshalb die von uns vorgelegten Änderungsvorschläge gut.

Warum, meinen Sie, findet der Landesjugendplan in der Breite der Bevölkerung eine solch große Unterstützung? Wenn die Unterschriftenbewegung fortgesetzt wird, wird das noch deutlicher. Jeder weiß, dass im Bereich der Jugendlichen in einer Gesellschaft, wo Eltern zum Teil ihre Schichtpläne nebeneinander legen müssen, um zu sehen, wann Familie noch stattfinden kann ... In der Wirtschaftspolitik ist das durchaus

gewollt, Flexibilisierung, am besten rund um die Uhr. Dass solche Jugendliche eine ganz andere Art haben, in dieser Gesellschaft groß zu werden und sich zu sozialisieren, ist doch jedem klar. Wenn Sie aber die Einrichtungen im Land, die dafür sorgen, dass es noch ein gewisses Netz der Korrektur, der Wertefindung, des Zusammenhaltes gibt, finanziell schlechter stellen, dann werden sich gegebenenfalls diese Jugendlichen aus einer Gesellschaft verabschieden, für die Sie einen Haushalt vorlegen wollen, dessen Schuldenstand irgendwann bei null landet. Mein Plädoyer ist, sich nicht unter dieses Diktat zu stellen, denn sonst baut man in Zukunft neben fiskalischen Schulden Problemschulden auf, die dann letztendlich so ins Geld gehen, dass einem dabei die Tränen kommen.

Abschließend möchte ich noch etwas zu den Ausführungen von Herrn Sagel sagen. Es gibt keinen Konzern, der der Landesregierung und der Bundesregierung Geld aus den Haushalten zieht, sondern es gibt eine politische Mehrheit in Nordrhein-Westfalen und auf Bundesebene, die sich über Jahre hinweg für die Förderung heimischer Steinkohle entschieden, dieses Unternehmen mit der Förderung beauftragt und es finanziert hat.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM): Herr Kollege Schartau, zum Teil unterscheiden wir uns erheblich. Sie haben ausgeführt, wenn Problemlasten erzeugt werden, dann ist eine solche Konsolidierungspolitik nicht durchzuziehen. Wir gucken uns sehr genau an, ob wir nicht vertretbare Problemlasten erzeugen.

Bezüglich des Landesjugendplans haben Sie im Haushalt 2004/2005 eine Kürzung vorgenommen; Sie haben übrigens damals völlig anders argumentiert als heute. Wir haben uns sehr genau angesehen, ob durch diese Kürzung Strukturen zerschlagen wurden. Sie haben damals behauptet, es würden keine Strukturen zerschlagen. Wir haben festgestellt, dass Sie Recht gehabt haben, es sind keine Strukturen zerschlagen worden. Deshalb haben wir gesagt, wir belassen es bei dem Ansatz der alten Regierung, machen sogar eine kleine Verbesserung, indem wir versuchen, von der Projektförderung etwas weg- und zur institutionellen Förderung hinzugehen, um dadurch die Gruppen in ihrem Bestand auf jeden Fall zu sichern.

Vor dem Hintergrund kann ich Ihre Bemerkungen überhaupt nicht teilen, dass dadurch eine unerträgliche Problemlast erzeugt wird. Sie müssen auch immer berücksichtigen, wie solche Proteste zustande kommen. Ich habe sehr viel mit Jugendverbänden geredet. Jedes Mal, wenn ich denen diese Konsolidierungspolitik vorgetragen habe, mit Augenmaß zu konsolidieren, bin ich auf Zustimmung gestoßen.

Es ist richtig, dass die Politik akzeptiert werden muss. Irgendwann wird wieder der Wähler entscheiden, ob das richtig war, was Sie vorgetragen haben, oder das, was ich vorgetragen habe.

Sie haben gesagt, Schulden machen sei nicht so schlimm. Langfristig Schulden zu machen in der Art und Weise, wie wir sie geerbt haben, ist unmoralisch, um es klar und deutlich zu sagen. Wir tragen das ganze Geld zu den Banken – das wissen Sie, Herr Schartau, ganz genau –, anstatt es für Zukunftsinvestitionen zu verwenden.

Wenn Sie sagen, es sei unglaublich, dass vorhin jemand das Land mit einer Bank verglichen hat, so bitte ich Sie zu berücksichtigen, dass das in dem Zusammenhang gewe-

sen ist, dass das Land bestimmte Beträge, die die Kommunen zu viel erhalten haben, kreditiert hat. In dem Zusammenhang ist es sicherlich richtig, das Land mit einer Bank zu vergleichen. Wenn man den Kontext richtig sieht, dann kann ein solcher Begriff nicht zur Diffamierung von bestimmten Kollegen taugen. Seien Sie sicher, dass wir nicht alleine eine fiskalische Betrachtung der Politik in diesem Haushalt vorgenommen haben oder in Zukunft vornehmen werden.

Bernd Krückel (CDU): Die vollmundigen Äußerungen von Herrn Sagel haben meine Wortmeldung hervorgerufen. Wer anderen Inkonsequenz, Unseriosität, dreiste Lügen, Willkür vorwirft, der muss sich einen besonderen Maßstab gefallen lassen, den man an ihn richtet.

Ich greife nur einen sachlichen Punkt heraus, mit dem Sie die Lücke Ihrer Mehrausgaben füllen wollen, nämlich die Betriebsprüfer. Man kann ja an der Historie, wie zusätzliche Betriebsprüfer Mehrergebnisse erbringen sollen und müssen, ablesen, dass sie die Lückenbüsser sind, immer mehr Wünsche zu erfüllen. Anfangs war von 80 bis 90 Millionen € die Rede, in Ihrem Kommunalrundbrief steht etwas von 110 Millionen €, und jetzt hört man von 120 Millionen €, die die erbringen müssen, und zwar bis zum Ende des Jahres, um die Wünsche zu erfüllen, die Sie sicherlich berechtigterweise hier vorgetragen haben.

Herr Sagel, wer so etwas unterstellt, der sollte sich vielleicht auch ein wenig mit der Materie beschäftigen. Hätten Sie das getan, hätten Sie die Information bekommen, dass die Ausbildung dieser Damen und Herren sechs oder neun Monate erfordert, dass die aus den Veranlagungsbezirken abgezogen werden müssen, weil die nicht am Markt frei verfügbar sind, und dass sie zunächst einmal, weil sie mit ausgebildeten Betriebsprüfern in die Betriebe geschickt werden, keine Mehrergebnisse produzieren. Das heißt, von den neuen Damen und Herren, die wir uns vielleicht entschließen würden einzustellen, werden Sie sicherlich niemanden mehr in diesem Jahr in vollem Umfang in Beschäftigung bringen. Insofern ist zu bezweifeln, dass Mehreinnahmen erzielt werden können, ganz sicherlich nicht in dem Umfang, den Sie unterstellen, um Ihre politischen Wünsche zu erfüllen. Mir wäre daran gelegen, auch in solch heißen Diskussionen wie heute, dass Sie Ihre Worte, mit denen Sie andere Kollegen konfrontieren, ein wenig mehr prüfen und den Maßstab auch ein wenig an sich selber anlegen.

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Herr Krückel, ich kann Ihnen direkt antworten. Sie haben 2004 im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen genau dasselbe gefordert. Sie haben nämlich mehr Steuerprüfer wegen der Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung gefordert. Sie müssten sich vielleicht einmal Ihre alten Haushaltsanträge ansehen, die bei Ihnen offensichtlich in Vergessenheit geraten sind. Genauso ist das bei der Öffentlichkeitsarbeit und anderen Positionen, die Sie damals auf null stellen wollten, bei denen Sie jetzt aber die Ansätze erhöhen. Ich sage zu diesem Antrag mit den Steuerprüfern also nur: Wir haben damit etwas mit aufgenommen, was die CDU 2004 gefordert hat.

Auch dem Finanzminister muss ich leider auf die Sprünge helfen. Herr Linssen, es tut mir Leid, aber Sie sind offensichtlich von Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schlecht informiert worden, was das Thema BLB, Mieten und Pachten usw. angeht. Ich

habe hier die Protokolle über die Berichterstattergespräche zu den Einzelplänen 12 und 04 vorliegen. Im Berichterstattergespräch zum Einzelplan 12 ist zu den Titeln 517 04 und 518 04 – Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume sowie Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb – nachgefragt worden, und es ist eine Antwort dazu gegeben worden. Auch beim Berichterstattergespräch zum Einzelplan 04 wurde das Thema erörtert. Unter Punkt 3.2 heißt es:

„Die Gründe für die Mieterhöhungen beim Ansatz für BLB-Mieten im Kapitel 04 410 Titel 518 04 wurden erörtert. Es handelt sich dabei ausschließlich um fertig gestellte Baumaßnahmen, die sich mieterhöhend auswirken und somit zu höheren Mittelabflüssen führen.“

Und im Protokoll über das Berichterstattergespräch zum Einzelplan 12 heißt es unter Ziffer 3.3:

„Die Ansatzserhöhungen resultieren bei Titel 517 04 aus allgemeinen Steigerungen der Energiekosten (Strom- und Ölpreisentwicklung) und bei Titel 518 04 im Wesentlichen aus der Indexsteigerung der BLB-Mieten.“

In dem Zusammenhang ist gesagt worden, da könne man nicht kürzen. Das war nämlich unsere konkrete Nachfrage. – Herr Linssen, es ist also nicht richtig, was Sie mir vorgeworfen haben. Offensichtlich sind Sie da schlecht informiert worden.

Dann möchte ich noch einmal sagen: Es ist ja nicht nur so, dass Sie in einzelnen Bereichen konsolidieren. Sie erhöhen auch bestimmte Ansätze sehr deutlich, sehr drastisch. Der Flughafen Münster/Osnabrück wird mit 11 Millionen € zusätzlich gefördert. Dann wird die Landwirtschaftskammer in Münster, Herr Dr. Sternberg, mit 8,5 Millionen € gefördert, was übrigens nicht gerade die Freude des Gartenbauzentrums Wolbeck hervorruft; das soll dann nämlich mehr oder weniger platt gemacht werden, was die Ausbildung angeht. – Das sind jedenfalls Punkte, bei denen man feststellen kann: Da hat die neue Koalition Geld, um ihre eigene Klientel zu fördern.

Als Nächstes, Herr Dr. Linssen, zu dem angeblichen Widerspruch, weil ich gesagt habe, man solle sich nicht kaputt sparen. Ich habe das in der Tat vorhin so gesagt, weil ich nach wie vor der Auffassung bin – wie auch meine Fraktion –, dass wir nicht in der Lage sind, den Haushalt Nordrhein-Westfalens ausschließlich aus eigenen Mitteln zu konsolidieren. Dann sparen wir uns kaputt, dann ist Politik nicht mehr möglich. Wir müssen ganz klar verstärkt auf die Einnahmeseite setzen, und wir müssen verstärkt in Richtung Berlin schauen. Deshalb finde ich auch die Denkrichtung, die Ministerpräsident Beck aus Rheinland-Pfalz eingeschlagen hat, durchaus richtig. Wir müssen einfach überlegen: Wie können Länderhaushalte bei den Steuereinnahmen und bei der Einnahmesituation insgesamt wieder stärker berücksichtigt werden? Darauf müssen wir verstärkt unser Augenmerk richten, sonst werden wir dort landen, wo wir nicht hin wollen, wie Sie das in Ihrer mittelfristigen Finanzplanung schon beschrieben haben.

Als Letztes noch, weil es bei Herrn Weisbrich vorhin ein Thema war, dass die Zinsen steigen. Wir werden tatsächlich dann ein großes Problem bekommen, Herr Dr. Linssen, wenn der Doppeleffekt eintritt, dass erstens die Zinsen steigen und zweitens die Wirtschaft stagniert. Das ist übrigens nicht nur meine Auffassung, sondern es ist vom RWI in dem Haushaltsanhörungsverfahren sehr deutlich gesagt worden, dass sehr große

Bedenken bestehen, was das wirtschaftliche Wachstum angeht. Ich bin mir auch nicht so sicher, ob das zutreffen wird, was die Prognosen im Moment angeben. Abgesehen davon, dass es Nordrhein-Westfalen sowieso nicht ganz so gut geht wie vielleicht einigen anderen Bundesländern, ist natürlich die Frage, wie sich das im Laufe des Jahres entwickeln wird. Da sind wir im spekulativen Bereich. Wenn irgendwo weltweit irgendwas passiert – ich nenne nur Iran, was auch immer –, dann kann es schon wieder ganz anders aussehen. Das wissen wir alle. Deswegen sollte man sehr vorsichtig sein.

Deswegen haben wir selber auch, was den Haushalt angeht, in diesem Punkt nichts gemacht. Wir wollen die Steuerschätzung abwarten, und wir wollen die Einnahmesituation gegebenenfalls durch Anträge bei der Plenarberatung unterstützen. Diesbezüglich sind wir auch mit Ihnen in einem Boot: Wir müssen tatsächlich die Mehreinnahmen, wenn sie denn kommen sollten, zur Haushaltskonsolidierung verwenden. Das ist das primäre Ziel.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Ich habe mich bei der Debatte zur Nachhaltigkeit gemeldet, weil der Finanzminister das sehr hervorgehoben hat. Ich möchte erstens noch einmal betonen – das passt auch zu dem, was Herr Schartau angesprochen hat –: Nachhaltigkeit hat drei Komponenten, nämlich die finanzwirtschaftliche, die ökologische, aber eben auch die soziale. Manchmal kann man durch Kürzen an der falschen Stelle sozialpolitisch großen Schaden anrichten, der dann meistens auch noch finanzpolitische Folgen nach sich zieht. Deshalb gehören diese drei Komponenten zusammen.

Zweite Anmerkung: Herr Linssen, Sie haben eben noch einmal versucht – ich verstehe das; es ist ja auch ein wunder Punkt –, mit Blick auf den Landesjugendplan und auf das GTK einiges gerade zu rücken. Wenn das stimmte, was Sie jetzt dazu sagen, dann müssten Sie zumindest fairerweise auch sagen: Damals war unser Protest auch falsch; wir hätten uns nicht an die Seite stellen dürfen, und unser damaliger Oppositionsführer hätte das besser nicht vertreten. Denn besser war die Finanzlage damals auch nicht.

Dass die Mittel für den Landesjugendplan damals abgesenkt worden sind und jetzt wieder heraufgesetzt werden sollten, geschah deshalb, weil die Verbände zum Teil gesagt haben: Wir können überwintern, aber wir wissen, es geht wieder herauf, und deshalb brechen keine Strukturen weg. – Das ist ein inhaltlicher Unterschied.

Das gilt in Bezug auf das GTK ausdrücklich genauso. Diejenigen, die gestern beim Städtetag in Dortmund waren, haben gehört, dass der Städtetag NRW partei- und farbenübergreifend gesagt hat: Es reicht nicht; insbesondere der Wegfall des Ausgleichs der fehlenden Kinderbeiträge führt zu Erhöhungen der Elternbeiträge, und diese Erhöhungen können gerade Kommunen, denen es besonders schlecht geht, nicht wegstecken, und deshalb wird die soziale Verwerfung in unserem Lande zunehmen. Das führt dann wiederum zu demographischen Veränderungen, weil Familien, die es sich leisten können, wegziehen, sodass sie davon profitieren, während gerade die anderen davon getroffen werden – bis dahin, dass Eltern ihre Kinder aus dem Kindergarten herausnehmen, was hier niemand will.

Dritte Bemerkung: Das Klima in der Koalition ist ja prima. Wir konnten lesen, dass Herr Lindner Herrn Laschet besonders angegriffen hat, weil er im Kabinett nicht aufgepasst habe. Jetzt weiß ich von unseren Ministern früher, dass die nicht nur auf ihr Ressort

aufpassen mussten, sondern als kleiner Koalitionspartner auf alle anderen mit. Die mussten darauf achten, dass dort nichts anbrennt. Darüber haben wir mit denen auch vorher gesprochen. Und wenn etwas ganz schwierig war, dann haben die sich auch einmal enthalten. Als der Vorschlag im Raume war, Studiengebühren einzuführen, haben sich unsere Minister beispielsweise enthalten.

Ich habe nun das, was in der Presse stand, teilweise nicht nachvollziehen können: Haben die FDP-Minister im Kabinett dem Haushaltsentwurf zugestimmt oder nicht? Haben die dort einen Protest zu Protokoll gegeben oder nicht? Das wüsste ich gerne, und das wüsste sicherlich auch die Öffentlichkeit gerne – im Lichte der Diskussion, bei der Sie dem Kollegen Laschet richtigerweise ja beigeprungen sind.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM): Frau Kollegin Löhrmann, ich fange mit Ihrer zweiten Bemerkung an. Natürlich haben Sie damals bei Ihrer Sparoperation 2004/2005 abgesenkt und dann versprochen, dass es 2006 wieder besser wird.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Schon im Nachtrag!)

Liebe Frau Löhrmann, Sie kennen auch die Zahlen, wie sie sich seit 2004 unter Ihrer Regierung entwickelt haben. Die Schulden sind massiv gestiegen, und die Nettoneuverschuldung ist auf ein unvorstellbares Maß angestiegen. Deshalb waren die Verhältnisse, als wir angingen, noch schlechter als damals. Da die Entwicklung zumindest bis 2005 von Ihnen zu verantworten ist – der Haushalt war ja praktisch verausgabt –, glaube ich, dass Sie Ihr Versprechen nicht hätten einhalten können, um auch das klar und deutlich zu sagen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Spekulation!)

– Gut. Lassen Sie mich das ganz einfach so sagen. Das „wieder rauf“ kann man als Opposition natürlich ganz einfach fordern, indem man irgendwelche Deckungsvorschläge macht. Wissen Sie, ich habe jahrelang den Anteil an der WestLB verkauft; deshalb weiß ich, wie man solche „Jäger 90“ kreierte, die man bei der Einnahmenseite braucht.

Ich möchte Sie auch bitten, die Lage der Kommunen im Gesamtzusammenhang zu sehen. Sie haben es richtig dargestellt: Beim Elternbeitragsdefizitausgleich hat es eine Kommune mit einer schwierigen Population sicherlich schwieriger als zum Beispiel Düsseldorf. Auf der anderen Seite sehen Sie aber auch, wie sehr wir an so etwas denken, indem wir nämlich zum Beispiel beim SBG die Gewerbesteuer als Kriterium genommen haben, worüber sich dann wieder die abundanten Gemeinden beklagen. Das gleicht sich also aus. Ich glaube, da haben wir wirklich zugunsten der ärmeren Kommunen, die Sie gerade erwähnt haben, etwas getan.

Sie wissen aus Ihrer Regierungszeit, dass der Entwurf eines Haushalts, der den Landtag erreicht, im Kabinett schon einstimmig beschlossen sein muss. Sonst haben Sie irgendetwas verkehrt gemacht.

Gisela Walsken (SPD): Dann ist hinterher etwas aus dem Ruder gelaufen, Herr Finanzminister. Die Wahrnehmung ist etwas anders. Aber gut!



Haushalts- und Finanzausschuss

20. Sitzung (öffentlicher Teil)^{*)}

27. April 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 10:45 Uhr

11:00 Uhr bis 15:30 Uhr

16:05 Uhr bis 16:40 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokollerstellung: Franz-Josef Eilting, Günter Labes, Michael Roeßgen, Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1

Nach eingehender Diskussion wird der **Antrag** der SPD-Fraktion, wegen der erst heute Morgen erfolgten Vorlegung der Anträge der Regierungsfractionen die **Sitzung zu unterbrechen** und morgen fortzusetzen, mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

^{*)} nichtöffentlicher Teil mit TOP 4 und 5 siehe nöAPr 14/31

